



RECHENSCHAFTSBERICHT des Vorstands 2009 – 2010

vorgelegt zur Mitgliederversammlung am 25. September 2010

Bericht für die Zeit
von der Mitgliederversammlung am 26. September 2009
bis zum September 2010

Vorschau auf 2011

Finanzbericht 1.1. – 31.12.2009

Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 60492 -0 Fax: +49 (0) 228 60492-19

Büro Berlin: Schiffbauerdamm 15, D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 2888 356-0 Fax: +49 (0) 30 2888 356-1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org

Spendenkonto 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen	3
B	Die Basis unserer Arbeit	5
C	Unsere Arbeit	8
	Internationale Klimapolitik	8
	Nationale Klimapolitik	13
	Klimabildung und Verbraucherinformation	20
	Welthandel und Ernährung	23
	Unternehmensverantwortung	24
	Entwicklungsfinanzierung	26
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen.....	27
E	Finanzbericht für das Kalenderjahr 2009.....	28
F	Ausblick.....	34
G	Publikationen, Pressemitteilungen und Veranstaltungen.....	35

A Politische Rahmenbedingungen

Die letzte Germanwatch-Mitgliederversammlung fand am 24.9.2009, einen Tag vor den Bundestagswahlen statt. Eine schwarz-gelbe Regierung wurde gewählt und die große Koalition beendet. Vor allem die FDP versprach einen grundlegenden Politikwechsel und dem Volk vor allem umfassende Steuererleichterungen.

Innen-, steuer- und energiepolitisch, um nur ein paar Felder zu nennen, kann man bis heute (Stand Mitte August) von einem umfassenden Fehlstart sprechen. Schon die Koalitionsvereinbarung steckte beim genauen Hinsehen voller Widersprüchlichkeiten. Auch globalpolitisch wurde die neue Bundesregierung den Herausforderungen bis auf wenige Ausnahmen nicht gerecht. Die durch die innenpolitischen Querelen, die verlorene NRW-Wahl und mehrere Rücktritte geschwächte Kanzlerin konnte zumindest bislang nicht wirklich neue Akzente in der internationalen Politik (z.B. nicht bei Klima, Umwelt, Nord-Süd und auch nicht bei der Transaktionssteuer) setzen. Man wird sehen, ob sie in den kommenden Monaten den Umweltminister massiv unterstützt, wie sie das 2007 mit seinem Vorgänger tat, um die Ambitionen innerhalb der EU (z.B. was das 30% CO₂-Reduktionsziel angeht) zu unterstützen. Umweltminister Norbert Röttgen machte zwar in Kopenhagen eine gute Figur und danach wichtige im Hinblick auf Cancun neue Anstrengungen z.B. mit dem Petersberger Dialog. Er legte auch für die deutsche Klimapolitik einige interessante Vorschläge vor. Aber innerhalb der Regierung (vor allem bei Wirtschaftsminister Brüderle) und auch in der eigenen Partei ist seine Position sehr umstritten. Er wurde sogar aus den eigenen Reihen mit Rücktrittsforderungen konfrontiert.

Ausgerechnet die FDP, die noch im Wahlkampf das BMZ abschaffen wollte, bekam mit Dirk Niebel das Entwicklungsressort zugesprochen. Die erste Maßnahme schon, die Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit mit China - ohnehin fast ausschließlich Politikberatung - ohne gleichzeitig ein Konzept der Bundesregierung für eine kohärente neue qualitative Zusammenarbeit mit dem neuen geopolitischen Giganten China vorzulegen, zeigte in eine völlig falsche Richtung.

Angesichts der im September 2009 bereits offenbaren und in den folgenden Monaten zusätzlich auftretenden multiplen Krisen stand und steht die Koalition sicherlich vor sehr schwierigen Aufgaben. Die Klimaherausforderung mit der negativen Kopenhagen-Erfahrung, die für viele existenzbedrohende Welternährungskrise, die aufziehende Weltenergiekrise (die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko, ausgelöst durch immer riskantere Tiefseebohrungen, war ein weiteres Symptom dafür), die globale Schulden- und Finanzkrise, die Griechenland- und Euro-Krise und das eigene enge Korsett der nationalen Verschuldung und Sparnotwendigkeiten machen auch für die deutsche Politik eine umfassende Neuorientierung und damit eine Neustrategie in Richtung Nachhaltigkeit erforderlich.

Zwei Aspekte zeigen, dass sich die Frage der Handlungsfähigkeit unserer Regierung aufdrängt.

1) Beunruhigend ist die Erosion der politischen Kultur. Gerade auch angesichts der von der Regierung nunmehr in Frage gestellten eigenen Zusagen im internationalen Klimaschutz (noch in Kopenhagen) und für die Bekämpfung der Armut (MDG) fragt man sich besorgt: Werden heute gegebene Versprechungen und Zusagen noch gehalten? Die Schulden- und Budgetkrise trägt das ihre dazu bei, Vorwände dafür zu schaffen, dass alte Versprechungen plötzlich nicht mehr gelten, selbst wenn es sich um notwendige Investitionen in die Zukunft handelt; selbst wenn es um zentrale Versprechen der Nord-Süd-Kooperation geht.

2) Das Gebot der Stunde ist es heute, Themen wie Grünes Wachstum und das Umsteuern mit entsprechenden Investments und innovativen Infrastrukturen hin zu einer weitgehend emissionsfreien Gesellschaft in 2050 ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Deutschland kann nur verlieren, wenn es sich nicht an die Spitze der „großen Transformation“ stellt. Die gesellschaftliche Debatte ist aber leider in wichtigen Teilen des Mainstream eher rückwärtsgewandt, wie die leidige Laufzeitenverlängerungsdiskussion verdeutlicht.

Wichtige Messlatte, ob Deutschland seine Zukunftschancen wirklich nutzen will, ist das derzeit heiß diskutierte und auch innerhalb der Bundesregierung heftig umstrittene Energiekonzept, das darüber mitbestimmt, wie energie- und klimapolitisch ausgestattet und aufgestellt Deutschland in die nächsten Jahrzehnte geht. Die in den letzten Monaten lähmende Kohle- und Atomdebatte bestimmt die öffentli-

che Auseinandersetzung. Es müsste genau anders herum laufen und die Frage im Mittelpunkt stehen: Wie können wir eine 100-Prozent-Erneuerbaren-Gesellschaft in 2050 erreichen und wieviel Atom und Kohle können wir uns auf dem Weg dorthin überhaupt noch leisten?

Wie schon erwähnt müsste in Richtung einer engen Kooperation China-EU/Deutschland sehr viel mehr passieren. In der Klimapolitik ist die große Frage: Werden die EU und China in den kommenden Monaten den Mut finden, klimapolitisch mutig voran zu gehen - nachdem die US-Opposition und die fossile Wirtschaft in den USA verhindert haben, dass die US-Regierung sich auch nur einigermaßen ambitioniert voran bewegen können. Auf die USA z.B. hinsichtlich eines rechtlich verbindlichen Abkommens im Anschluss an die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls zu warten, also auf das Land, das sich in zentralen Zukunftsfragen immer mehr als reformunfähig erweist, macht keinen Sinn.

Doch auch die Schwellenländer sind im Blick zu behalten. Eindeutig spielen sie alle - natürlich insbesondere China - heute eine neue geopolitische und wettbewerbspolitische Rolle. Auch wird Ihr Emissionswachstum maßgeblich über das Ausmaß des Klimawandels entscheiden.

Gleichzeitig müssen wir bei der Differenzierung hinsichtlich der Entwicklungsländer in ganz besonderer Weise die schwächsten Länder und Bevölkerungsgruppen im Fokus haben und eine umfassende Ressourcen- und Klimagerechtigkeit anstreben.

Germanwatch als ein zwischen gelenkigem Pilotfisch und gleichzeitig kleinem „Global Player“ positionierter Akteur ist in all diesen Feldern zur Zeit recht gut aufgestellt, wie wir meinen. Unsere vielfachen Vernetzungen, unser neuer Dialog mit der chinesischen Zivilgesellschaft, unsere neue Kampagne 100 Prozent Zukunft, die makeITfair-Kampagne, aber auch unsere Kooperation mit dem Worldwatch-Institut schaffen uns gute Möglichkeiten, zwar bescheiden aber doch merklich mit unserer gemeinwohlorientierten Lobby-, Informations- und Bildungsarbeit Einfluss zu nehmen. In der Frage der Ernährungssicherheit können wir die Herausforderungen aus verschiedenen Perspektiven kompetent beleuchten: Sowohl die Debatten um die Millenniums-Entwicklungs-Ziele, die Rolle der Fleischwirtschaft in einer zukunftsfähigen Landwirtschaft, um die Zukunft des Agrosprits, um Regeln für Nahrungsmittelspekulation, um Anpassung an den Klimawandel oder mögliche Kipp-Punkte im Klimasystem liefern hierfür Anknüpfungspunkte.

Germanwatch wird im nächsten Jahr seinen 20. Geburtstag feiern, erst im Mai dieses Jahres ist unser (gemeinsam mit dem BMU und dem Forum Anders Reisen initiiertes) Kind atmosfair 5 Jahre alt geworden. Es hat sich bisher sehr gut entwickelt, doch muss der atmosfair-Ansatz unter den aktuellen neuen Entwicklungen wie abflauendes Interesse am Klimathema, dem Scheitern von Kopenhagen, d.h.einem niedrigen CO₂-Preis und der gleichzeitigen Einbeziehung des Flugverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem ständig überprüft und nachjustiert werden.

Wir werden daher auch diskutieren, wie wir uns als Germanwatch noch besser auf diese und weitere Herausforderungen einstellen können. Wir drängen gesellschaftlich auf eine "Große Transformation" - und werden weiterhin daran arbeiten, uns fit dafür zu machen.

B Die Basis unserer Arbeit

Dank einer zunehmenden Unterstützung unserer Aktivitäten durch Mitglieder und Förderer sowie der Anstrengungen eines großen Teams aus haupt- und ehrenamtlichen Kräften konnte Germanwatch auch in den vergangenen zwölf Monaten vieles bewegen. Diese Basis unserer Arbeit und ihre Entwicklung möchten wir im Folgenden kurz darstellen. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse werden dagegen in einem eigenen Kapitel (Finanzbericht, Kap. E) hervorgehoben.

Mitglieder

Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt derzeit 535, darunter 336 stimmberechtigte Mitglieder, 194 Fördermitglieder und 5 Ehrenmitglieder. Darüber hinaus unterstützen zahlreiche Menschen Germanwatch durch Spenden, Zustiftungen an die Stiftung Zukunftsfähigkeit und durch aktive Mitarbeit, u.a. in unserem UN-Klimaverhandlungs-Team und in der Hamburger und Münchener Regionalgruppe.

Die Anzahl der Mitglieder ist im langjährigen Trend leicht steigend, wenn man die Jahre 2007/2008 ausklammert: In diesen Jahren hatten wir aktiv für den Wechsel zu Ökostrom-Anbietern geworben und allen Wechslern eine kostenfreie einjährige Fördermitgliedschaft angeboten. Knapp 50 Personen beteiligten sich, und es war abzusehen, dass sich anschließend nur ein Teil von ihnen dafür entscheiden würde, die Mitgliedschaft kostenpflichtig weiterzuführen, so dass die Mitgliederzahlen 2009 zunächst gegenüber 2008 einen Rückgang zu verzeichnen hatten, der inzwischen jedoch erfreulicherweise fast vollständig wieder aufgeholt wurde. Grundsätzlich läuft die Ökostrom-Aktion weiter (siehe www.germanwatch.org/strom), zuletzt fehlten uns jedoch die zeitlichen Kapazitäten, diese über neue Kanäle zu bewerben.

Mitgliederentwicklung seit 2003

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
440	447	457	478	526*	542*	494	535

*einschließlich befristeter Mitgliedschaften (Ökostrom-Aktion)

MitarbeiterInnen und Vorstand

Aktiver Kern der Arbeit von Germanwatch sind der neunköpfige, ehrenamtliche Vorstand sowie die MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin.

Die Mitglieder des Vorstands tagen im Abstand von rund zwei Monaten und bringen sich auch darüber hinaus in ihrem jeweiligen Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit von Germanwatch ein, soweit es ihre jeweiligen zeitlichen Ressourcen zulassen. Zum Germanwatch-Team zählen neben hauptamtlichen und Honorarkräften auch viele PraktikantInnen und weitere ehrenamtliche Kräfte.

In gemeinsamen Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden (so zuletzt im September 2009 und im Februar und Anfang September 2010) fanden und finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

Germanwatch-Vorstand	<i>Weitere Mitglieder des Vorstands:</i>
Durch die Mitgliederversammlung am 26.9.09 auf die Dauer von zwei Jahren gewählt	<ul style="list-style-type: none">• Prof. Dr. Carlo Jaeger• Anne-Kathrin Kirchhof• Tilman Santarius• Dr. Klemens van de Sand• Dr. Hendrik Vygen• Michael Windfuhr
<ul style="list-style-type: none">• Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender• Kristina Steenbock, Stellvertretende Vorsitzende• Lutz Morgenstern, Schatzmeister	

MitarbeiterInnen der Germanwatch-Büros

Büro Bonn

Tel. : +49 (0)228 / 60 492-0

Damian Arikas (ab 05/2010)

Campaigner 100 Prozent Zukunft

Tobias Austrup (ab 05/2010)

Campaigner 100 Prozent Zukunft

Christoph Bals

Politischer Geschäftsführer

Gisela Bhatti (bis 12/2009)

Öffentlichkeitsarbeit, Mitglieder- und Spenderservice

Jan Burck

Referent Klimaschutz-Index, Szenarien und Emissionshandel

Anika Busch (bis 06/2010)

Redakteurin

Katrin Enting

Referentin für Klimafinanzstrategien
Projekt Internationale Klimafinanzierung

Sven Harmeling

Referent für Klima und Entwicklung
NRW-Fachkoordinator für Klima & Entwicklung

Alpha Kaloga

Referent Anpassung an den Klimawandel

Dr. Gerold Kier

Administrativer Geschäftsführer

Anne Koch

Referentin der Geschäftsführung

Sönke Kreft

Referent Klima und Versicherung

Pascal Molinario (ab 07/2010)

Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Spender- und Mitglieder-service

Kerstin Lanje (bis 12/2009)

Referentin für Welthandel und Ernährung

Larissa Neubauer

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Ludger Reuke

Referent für Entwicklungspolitik

Stefan Rostock

Referent Informations- und Bildungsarbeit für Klima und Entwicklung

Boris Schinke (bis 06/2010)

Kipp-Punkte des Klimasystems

Katrin Schilling (ab 05/2010)

Redakteurin

Rixa Schwarz

Referentin für Klima und Sicherheit

Thomas Spencer (bis 01/2010)

REDD; Klima + Russland

Andrea Taubert

Sekretariat und Projektassistenz

Dr. Manfred Treber

Klima- und Verkehrsreferent

Inka van Bergen

Finanzreferentin

Büro Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 28 88 356 -0

Katrin Ansel

Referentin für klimafreundliche Beschaffung

Oldag Caspar

Campaigner internationale Klimapolitik

Laura Ceresna (bis 05/ 2010)

Referentin für Unternehmensverantwortung

Jochen Dallmer (ab 04/2010)

Projektmitarbeiter Unternehmensverantwortung

Ljiljana Djuric

Sekretariat und Projektassistenz

Anja Esch (ab 07/2010)

Referentin für internationale Klimafinanzierung

Kristin Gerber

Referentin für Waldschutz (REDD) und Klima
Projekt Internationale Klimafinanzierung

Cornelia Heydenreich

Referentin für Unternehmensverantwortung

Marco Klemmt (ab 01/2010)

Referent für Welthandel und Ernährung

Johanna Kusch

Referentin für Unternehmensverantwortung

Brick Medak (ab 03/2010)

Referent für deutsche Klima- und Energiepolitik
Projektleiter Kampagne 100 Prozent Zukunft

Tobias Pforte-von Randow (ab 04/2010)

Referent für klimafreundliche Beschaffung

Tobias Reichert

Referent für Welthandel und Ernährung

PraktikantInnen, weitere ehrenamtliche Unterstützer und Honorarkräfte

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Nikolaj Baslyk, Manuela Blechschmidt, Cécile Bourgin, Hauke Brankamp, Andrea Brock, Stefan Eibisch, Theresa Fabian, Linde Grießhaber, Anne Henow, Benjamin Hoffmann, Annika Kadner, Jens Klawitter, Kristina Korte, Johanna Meadows, Mirjam Müller, Christian Pape, Verena Preußner, Lena Reuter, Maja Röse, Verena Rossow, Sabrina Roy, Mareike Schaal, Martin Schröter, Tim Stoffel, Max Vöhringer, Felix von Blücher, Stefanie Werdermann, Songqiao Yao.

Als Honorarkräfte oder ehrenamtliche Unterstützer wirkten u.a. mit: Simone Ackermann, Daniela Baum, Dörte Bernhardt, Serge Birtel, Qian Cheng, Dr. Wilhelm Frank, Gerrit Hansen, Lukas Hermwille, Sean Heron, Enrico Howe, Mirjam Kid, Frank Kühn, Alexander Liedke, Heidrun Müller, Hannah Vermaßen, Johanna Wehkamp, Dr. Winfried Zacher. Wir danken auch allen Aktiven unserer Regionalgruppen in Hamburg und München für ihr Engagement.

Die Arbeit in den beiden Büros in Bonn und Berlin steht weiterhin unter der bewährten Leitung des Administrativen Geschäftsführers Gerold Kier und des Politischen Geschäftsführers Christoph Bals mit Unterstützung der Geschäftsführungsreferentin Anne Koch sowie im Finanzmanagement von Inka van Bergen und in den Bereichen Projektassistenz und Sekretariat von Ljiljana Djuric und Andrea Taubert. Die Arbeit der Fachreferent(inn)en und weiteren Mitarbeiter wird im Kapitel C ausführlicher dargelegt. Ihre Zahl hat sich durch das erfolgreiche Einwerben von zusätzlichen Projektzuschüssen abermals erhöht, wie die obige Tabelle zeigt.

Öffentlichkeits- und Pressearbeit

Die Website www.germanwatch.org ist – zusammen mit der Germanwatch-Zeitung (s.u.) – weiterhin das Hauptmedium für den Kontakt von Germanwatch zu einer breiten Öffentlichkeit und soll in Kürze grundlegend überarbeitet werden. Rund 4,3 Mio. HTML-Seitenzugriffe und 635.000 Besuche waren im Jahr 2009 zu verzeichnen. Die Reichweite von Germanwatch-Informationen im Internet wird durch diese Zahlen jedoch noch unterschätzt. Ein Grund hierfür ist die konservative Erhebungsmethode der Statistiken¹. Viel bedeutender ist aber die zunehmende Präsenz von Germanwatch-Informationen auf anderen Websites, zu denen neben eigenen Projekt-Websites (etwa www.100prozentzukunft.de) beispielsweise die Internet-Präsenzen „klassischer“ Hörfunk-, TV- und Printmedien gehören, die Germanwatch-Pressemitteilungen oder andere Veröffentlichungen aufgreifen, sowie auf den immer wichtiger werdenden Web2.0-Plattformen, die wir jetzt u.a. im Rahmen unserer Projekte 100% Zukunft und makeITfair verstärkt nutzen.

Darüber hinaus wurden Öffentlichkeit, Entscheidungsträger, Multiplikatoren wie v.a. Journalisten und natürlich die Mitglieder und Förderer von Germanwatch weiterhin von uns aktiv mit aktuellen Informationen versorgt:

- Unsere Zeitung "Weitblick" erschien – unter Federführung von Dörte Bernhardt, Anika Busch und Daniela Baum – sechsmal (viermal in einer Auflage von jeweils rund 100.000 und zweimal in einer Auflage von 550.000 Exemplaren).
- Mit intensiver Pressearbeit informierte Germanwatch unter der Federführung von Larissa Neubauer regelmäßig Medienvertreter.
- Über 5300 AbonentInnen – überwiegend Entscheidungsträger und Multiplikatoren – erhalten den kostenlosen Informationsdienst KlimaKompakt per E-Mail.
- Als besonderer Service v.a. für Mitglieder und Förderer erscheint neben dem gedruckten Mitgliederrundbrief etwa alle sechs Wochen der E-Mail-Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“ - beides unter Federführung von Katrin Schilling und Gerold Kier.

Neben diesen Aktivitäten haben wir insbesondere dank der Unterstützung von Gisela Bhatti und Pascal Molinario viele weitere wichtige Grundlagen dafür geschaffen, unsere Mitglieder und Spender besser zu betreuen und neue zu gewinnen. Besonders bemühen wir uns auch um weitere Zustiftungen für die Stiftung Zukunftsfähigkeit, die ein überaus wichtiger Unterstützer und Verstärker unserer Arbeit ist.

Allen, die unsere Arbeit finanziell unterstützen, sowie dem gesamten Germanwatch-Team aus hauptamtlichen, ehrenamtlichen und Honorarkräften einschließlich des Vorstands, Kuratoriums und des Beirats der Stiftung Zukunftsfähigkeit möchte der Germanwatch-Vorstand an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz danken.

¹ Die von unserem Internetprovider installierte Statistik-Software zählt die PDF-Downloads nicht mit. Besucher greifen jedoch zunehmend über Suchmaschinen oder Links auf anderen Websites direkt auf unsere PDF-Dateien zu.

C Unsere Arbeit

Die Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich generell in vier große Arbeitsfelder, zwischen denen es vielfältige Wechselwirkungen gibt: Klima, Welthandel & Ernährung, Verantwortung der Unternehmen, Entwicklungsfinanzierung. Dabei haben wir übergreifend entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine globale und nachhaltige Strukturpolitik im Blick. Globale Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

Internationale Klimapolitik

Wurde Kopenhagen zum Meilenstein, um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden?

Im Schatten der Wirtschafts- und Finanzkrise hat der lange vorbereitete UN-Klimagipfel in Kopenhagen (Dezember 2009) nur ein Mäuslein geboren. Zwar wurde der bisher größte Schritt im internationalen Klimaschutz getan - zumindest hinsichtlich der Ankündigungen, aber auch in Bezug auf viel substantielle Klimaschutz-Dynamik, die schon im Vorfeld durch den Gipfel angestoßen wurde. Allerdings: die Ziele und Aktionspläne der Industrie- und Schwellenländer reichen bei weitem nicht aus, um den globalen Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu begrenzen - wir steuern damit eher auf sehr riskante drei bis vier Grad bis Ende des Jahrhunderts zu. Zudem sind sowohl die Klimaschutz-, als auch die Finanzierungszusagen für Klimaschutz, Anpassung und Regenwaldschutz bislang nicht rechtlich verbindlich.

Im Sommer 2009 ist in den USA der Versuch gescheitert, das in Kopenhagen in Aussicht gestellte nationale Klimagesetz umzusetzen. Die Energiewirtschaft und Teile der Industrie haben im Zusammenspiel mit der republikanischen Opposition und drei demokratischen Senatoren, die ihren Wahlkampf maßgeblich mit Geldern der betroffenen Industrie finanziert hatten, das Gesetz zu Fall gebracht. Nun liegt der Ball einerseits bei der EU - als der (schwächelnden) Klimaführungsmacht der Industrieländer - und bei den Schwellenländern. Werden sie die Chancen der großen Transformation ergreifen? Für Energiesicherheit, Arbeitsmöglichkeiten und den Klimaschutz wäre das der Durchbruch. Insbesondere in Südafrika und Brasilien bahnen sich interessante Initiativen an. In China gibt es derzeit eine wichtige Debatte, welcher Klimaschutz und welche Klimaschutz-Instrumente im nächsten Fünfjahresplan verankert werden sollen. Und in der EU wird es - hoffentlich - von Herbst dieses Jahres an bis Ende nächsten Jahres eine harte Debatte geben, ob die EU bereit ist, ihre Emissionen bis 2020 um 30% - und nicht nur um 20 Prozent zu reduzieren.

Wissenschaftliche Hintergründe als Grundlage zum Handeln aufarbeiten

Zu den Hauptaktivitäten von Germanwatch im Bereich Klimawissenschaft gehörte zum Einen der im Februar 2011 zu verabschiedende Sonderbericht des Weltklimarates IPCC über Erneuerbare Energien². Im Dezember 2009 begann im dreistufigen Verfahren der erste Review, in dessen Rahmen Germanwatch zahlreiche Kommentare einbrachte.

Zum anderen begannen die Arbeiten um den Fünften Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC) – er soll 2013 und 2014 verabschiedet werden. In dieser Zeit werden traditionell die Autoren und Leitautoren der einzelnen Kapitel festgelegt. Die Bundesregierung nominierte den Germanwatch-Klima- und Verkehrsreferenten Dr. Manfred Treber als Leitautor für das Kapitel Verkehr. Doch die Wahl des IPCC, der sich lediglich für ein Drittel der von der Bundesregierung Nominierten entschied, fiel nicht auf ihn. Er wird dieses Thema nun als Expert Reviewer weiter begleiten.

Ein starkes Team in einem höchst schwierigen Prozess

Germanwatch ist seit Beginn der Klimaverhandlungen (1992 - COP 1) Beobachter des UNFCCC-Prozesses³. Durch unsere langjährige Erfahrung und Dank unserer ungewöhnlichen Position als Nord-

² Vgl. www.germanwatch.org/klima/ee09.htm

³ UNFCCC = United Nations Framework Convention on Climate Change = UN-Klimarahmenkonvention

Süd-Vermittler haben wir uns eine starke Berater- und Lobbyingposition im UN-Prozess erarbeitet. Germanwatch ist seit 1995 Mitglied des internationalen NGO-Netzwerks CAN und Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, ist seit dem Jahr 2006 in der Politischen Koordination des Netzwerks aktiv. Das Germanwatch-Team deckt alle thematischen Felder des UN-Prozesses ab und seine Mitglieder arbeiten engagiert in allen CAN-Arbeitsgruppen. In unserer Funktion als europäische Lobbyorganisation, die sich für die Interessen der ärmsten und verletzlichsten Länder insbesondere des Südens einsetzt, sind wir sowohl stark in der Lobby-Arbeit für eine gute und vorwärtsweisende europäische Klimapolitik involviert als auch in der Vermittlung von Industrieländer- und Entwicklungsländerperspektiven. Germanwatch hat ein ausgedehntes Netzwerk zwischen UN-Delegierten, UN-Klimasekretariat, NGOs und Entscheidungsträgern in wichtigen Schlüsseländern und Schlüsselgruppen. In den letzten Monaten konnten wir unser Engagement hinsichtlich entscheidender Länder ausdehnen – so gehören Experten, die speziell zu Indien, China und Russland arbeiten, zu unserem Team. Wir betreuen darüber hinaus ein Mentorenprogramm für afrikanische NGOs. Die Medienaufmerksamkeit gegenüber unseren Aktivitäten und Einschätzungen des UN-Prozesses hat gerade bei den Verhandlungen in Kopenhagen ihren bisherigen Höhepunkt erreicht – Germanwatch konnte somit seine nationale, europäische und internationale Reichweite deutlich erweitern. Mittlerweile umfasst unser von Anne Koch koordiniertes Klimaverhandlungsteam rund 30 (haupt- und ehrenamtliche) Mitglieder. Eine ganze Reihe von Studenten und Post-Graduierten mit einschlägigen Kenntnissen haben in den vergangenen zwei Jahren unser Team ehrenamtlich verstärkt. Wir haben ihnen die Teilnahme an einem äußerst spannenden Prozess ermöglicht, in dem sie exzellente und äußerst engagierte Arbeit geleistet haben.

Klimaschutz-Index: Deutschland fällt hinter Brasilien zurück

Um den - leider immer noch zu langsamen - Wettlauf der Staaten im Klimaschutz anzuspornen, veröffentlicht Germanwatch seit 2006 den Klimaschutz-Index. In Kopenhagen haben Germanwatch und das Climate Action Network (CAN) Europe die fünfte Ausgabe vorgestellt. Das jährliche Ranking vergleicht die Klimaschutzleistungen von 57 Industrie- und Schwellenländern untereinander. In der neuesten Ausgabe hat Brasilien beim Klimaschutz am besten abgeschnitten. Im Ranking kletterte Brasilien vom achten auf den vierten Platz und verwies so den langjährigen Vorreiter Schweden auf den fünften Platz. Die ersten drei Plätze des Rankings blieben - wie im letzten Jahr - frei. Erneut hat noch keins der großen Länder den Pfad zur Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels eingeschlagen.

Der von Jan Burck entwickelte Klimaschutz-Index vergleicht Länder untereinander. Dabei wird neben ihrer nationalen und internationalen Klimapolitik in erster Linie die Entwicklung der Treibhausgasemissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe beurteilt - im besonderen auch hinsichtlich der Frage, ob sie damit dazu beitragen, die globale Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten.

Brasilien (Platz 4) und Großbritannien (6) haben dank einer besseren Klimapolitik als noch im Vorjahr eine höhere Platzierung erreicht. Auch die USA (53) sind durch ein beginnendes Umdenken in der Klimapolitik fünf Plätze hochgeklettert, bleiben aber immer noch hinter den Erfordernissen - und einen Platz hinter China (52) - zurück.

Deutschland rutschte vom fünften auf den siebten Platz ab. Hauptgrund dafür ist die schlechtere Bewertung der nationalen Klimapolitik durch die Experten. Vor allem bei der Umsetzung der Meseberger Klimaschutzbeschlüsse von 2007 hat Deutschland bislang Schwächen gezeigt. Zumindest bis Ende 2007 war Deutschland lediglich auf dem Pfad für eine 30prozentige Reduktion bis 2020. Die versprochenen 40 Prozent lagen nicht in Reichweite. Dies ändert sich allerdings derzeit durch die Wirtschaftskrise. Für Deutschland rücken damit auch höhere Ziele als 40 Prozent in den Bereich des Möglichen.

Der Klimaschutz-Index 2010 konnte auf einer noch breiteren Datenbasis und damit in einer noch besseren Qualität als bisher errechnet werden (weltweit 150 Experten beteiligten sich an unserer Fragebogenaktion, das sind 30 mehr als im Vorjahr).

Die Resonanz auf die Veröffentlichung hat die des Vorjahres abermals übertroffen: In mehr als 100 Staaten wurde über das Ranking berichtet, dies geschah auch meist in größeren Medien an prominenter Stelle. Um nur wenige Beispiele zu nennen: In Deutschland erschienen Beiträge u.a. in den gedruckten und/oder Online-Ausgaben von FAZ, ZEIT, Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Hamburger

Abendblatt, Hamburger Morgenpost, Focus, Stern. Unter den Nachrichtenagenturen berichteten u.a. DPA, AFP, AP und DDP.

Auch bei der Verbreitung der Index-Ergebnisse über unsere Website konnte ein neuer Rekord verzeichnet werden: Alleine am Tag der Veröffentlichung (14.12.09) kamen 9749 Besucher und damit so viele wie noch nie an einem einzigen Tag auf die Germanwatch-Website, der überwiegende Teil davon auf die Seiten des Klimaschutz-Index.

Internationale Klimafinanzierung: Investitionen für die Zukunft

Der Bereich Finanzierung innerhalb der UN-Klimaverhandlungen hat in den letzten 2 Jahren einen immer wichtigeren Stellenwert eingenommen. Es war lange vor Kopenhagen klar: Ohne Geld keine Abkommen. Der Bereich Klimafinanzierung umfasst eine Reihe von Aspekten. Die Höhe der internationalen finanziellen Unterstützung ist dabei zentral. Aber auch das „Wie“ ist entscheidend. Von großer Bedeutung sind insbesondere die Einigung auf eine Finanzarchitektur, d.h. die Institutionen, über die die Klimafinanzströme abgewickelt werden, sowie die Erschließung von innovativen Finanzquellen in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte, wobei u.a. die Einführung einer internationalen Abgabe auf Schiff- und Flugverkehr, einer Finanztransaktionssteuer oder die Versteigerung von Emissionsrechten diskutiert werden.

Germanwatch setzt sich dafür ein, dass eine angemessene, voraussagbare und langfristige Finanzierung für den Klimaschutz und die Anpassung an nicht mehr vermeidbare Folgen des Klimawandels sichergestellt wird. Zu diesem Zweck bestehen enge Vernetzungen auf internationaler Ebene, insbesondere innerhalb der Klimaverhandlungen, sowie mit deutschen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Regierung.

Seit 2008 arbeitet Germanwatch aktiv zum Thema Klimafinanzierung. Was zunächst mit einer chinesischen Mitarbeiterin, Qian Cheng, begann, die das Thema als eines von mehreren betreute, ist inzwischen auf eine ganze Reihe von Mitarbeitern angewachsen, die dieses Thema bearbeiten. Sven Harmeling und Christoph Bals waren in diesem Bereich in einem BMU-geförderten Projekt gemeinsam mit dem Wuppertal Institut aktiv, das für das BMU diesbezüglich Beratungsleistungen erbracht hat, sowohl in Form von Hintergrundpapieren als auch in Gesprächen und Workshops. Im Sommer 2009 hat Katrin Enting als Referentin für Klimafinanzstrategien den Bereich der Klimafinanzierung von Qian Cheng übernommen und ist mit Sven Harmeling seit 2010 im BMU-Folgeprojekt zur langfristigen Klimafinanzierung in den UN-Verhandlungen tätig. Sie vertritt Germanwatch zudem in der Finance-Arbeitsgruppe des Climate Action Network International.

Mit dem Kopenhagen Accord ist nun auch ein weiteres Thema der Klimafinanzierung in den Verhandlungsfokus gerückt; die so genannte Schnellstartfinanzierung (Fast Start Finance). Hierbei handelt es sich um \$30Mrd. neue und zusätzliche finanzielle Unterstützung für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung in Entwicklungsländern, die von den Industrieländern für die Jahre 2010-2012 zugesagt wurden. Deutschland hat in diesem Kontext Zusagen in Höhe von € 1,26Mrd. gemacht. Bereits zu Beginn dieser drei Jahre war jedoch die Ausweisung einiger Posten als Schnellstartfinanzierung auf Grund von „Buchungstricks“ (fehlender Neuheit und Zusätzlichkeit) durchaus strittig. Im Verbund mit anderen NGOs (v.a. WWF, Oxfam, Greenpeace, Brot für die Welt) hat sich Germanwatch nach Kopenhagen hier fortlaufend politisch eingemischt.

Zur Sicherstellung des deutschen Beitrages führt Germanwatch darüber hinaus seit Juni 2010 ein von der European Climate Foundation und Climate Works finanziertes Projekt zur Schnellstartfinanzierung in Deutschland durch. Im Rahmen des Projektes soll auch die Verwendung des Geldes für geeignete Pionier-Projekte in Entwicklungsländern unterstützt werden. Eine zentrale Komponente des Projektes ist die Förderung der Finanzierung von Aktivitäten zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern (REDD). Zum Projektteam gehören Anja Esch, Referentin für internationale Klimafinanzierung, deren Schwerpunkt in der konkreten politischen Lobbyarbeit in Deutschland liegt; Katrin Enting, die für die fachlichen und internationalen Aspekte der Klima-(Schnellstart)finanzierung zuständig ist sowie Kristin Gerber, die den Bereich Waldschutz (REDD) und Klimafinanzierung übernommen hat, in dem bis Januar 2010 schwerpunktmäßig Thomas Spencer aktiv war.

Der Arbeitsbereich Klimafinanzierung wird weiterhin durch die Expertise von Ludger Reuke, Referent für Entwicklungspolitik, im Bereich Entwicklungsfinanzierung bereichert, da vielerlei Parallelen zwischen den Themen existieren.

Zudem nimmt Germanwatch eine aktive Rolle in einer seit April 2010 laufenden Veranstaltungsreihe zwischen deutschen Entwicklungs- und Umwelt-NROs zu Klima- und Entwicklungsfinanzierung, die unter dem Dach von VENRO und dem Forum Umwelt und Entwicklung stattfindet, ein.

Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Entwicklungsländern

Im Bereich Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist Germanwatch mit dem Team um Sven Harmeling, Sönke Kreft und Alpha O. Kaloga gut aufgestellt und bearbeitet, in Kooperation mit anderen NROs, verschiedene Schwerpunkte. Unsere Arbeit speisen wir auch aktiv in Netzwerke ein, u.a. im Rahmen der VENRO-AG Klimawandel, der Sven Harmeling als Sprecher vorsitzt. (VENRO ist der Dachverband der deutschen NROs der Entwicklungszusammenarbeit.)

Anpassung in den UN-Klimaverhandlungen

Den Bereich Anpassung an die Folgen des Klimawandels hat Germanwatch auf dem Weg nach Kopenhagen, aber auch danach, intensiv in den UN-Klimaverhandlungen verfolgt. Im Dialog mit Verhandlern und Regierungen aus Entwicklungs- wie auch Industrieländern haben wir uns für einen ambitionierten internationalen Rahmen zur Unterstützung der Anpassung in Entwicklungsländern eingesetzt, insbesondere mit dem Ziel, die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen und Länder in den Mittelpunkt zu rücken. Im Rahmen eines Forschungsprojektes haben wir dabei direkt die Bundesregierung beraten, aber auch die Kooperation mit anderen NROs, insbesondere dem WWF, Brot für die Welt und Oxfam fortgeführt. So entstanden u.a. zwei maßgebliche Veröffentlichungen⁴, zusammen mit dem WWF International und im Kontext eines Forschungsprojektes für das Umweltbundesamt. Sven Harmeling fungiert zudem seit Mitte 2008 als Co-Vorsitzender der Anpassungsarbeitsgruppe des Climate Action Network International.

Der „Adaptation Fund“ unter dem Kyoto-Protokoll – Germanwatch-Arbeit als Alleinstellungsmerkmal

Gerade auch mit Blick darauf, dass die Anpassungsgelder den besonders Betroffenen zugute kommen, begleitet Germanwatch konstruktiv-kritisch die Entwicklung des Anpassungsfonds (Adaptation Fund) unter dem Kyoto-Protokoll, dessen Steuerungsgremium sich etwa viermal im Jahr in Bonn trifft.

Durch Sven Harmeling und seit Mitte 2009 durch Alpha Kaloga war Germanwatch als international einzige NRO bei allen diesen Treffen vertreten und verfasst vor und nach jeder Tagung des Steuerungsgremiums Hintergrundpapiere zu den wichtigen Dokumenten und Beschlüssen. Unsere Begleitung und aktive Einflussnahme hat mit zu der positiven Entwicklung des Fonds beigetragen, wie uns auch immer wieder von Mitgliedern des Steuerungsgremiums versichert worden ist.

Im Juni dieses Jahres hat Germanwatch im Auftrag der European Capacity Building Initiative (ECBI) ein Hintergrundpapier⁵ zum Anpassungsfonds verfasst, das sich explizit an die UNFCCC-Verhandler der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) richtet. Alpha Kaloga hat dieses bei einem Workshop für die Verhandler im Senegal vorgestellt.

Germanwatch arbeitet zum Anpassungsfonds eng mit Brot für die Welt zusammen. Gemeinsam mit dieser und anderen Nichtregierungsorganisationen bereiten wir den Aufbau eines NRO-Netzwerks zum Anpassungsfonds vor, das insbesondere auch ausgewählte NRO in Entwicklungsländern finanziell bei der Begleitung der Umsetzung von durch den Fonds finanzierten Projekten unterstützen soll.

Klimaversicherung

Versicherungslösungen als Anpassungskonzept zu Extremwetterereignissen, etwa für Kleinbauern in Entwicklungsländern, existieren schon lange als Worthülse in den Klimaverhandlungen. Zunehmend wird die Idee auch in Pilotvorhaben weltweit umgesetzt.

⁴ www.germanwatch.org/presse/2010-06-02.htm

⁵ www.germanwatch.org/klima/afb2010-06.htm

Um Versicherungslösungen im Sinne der Bedürfnisse der Menschen in den verletzlichsten Ländern und Bevölkerungsgruppen auch in die Tat umzusetzen, kooperiert Germanwatch mit der Munich Climate Insurance Initiative (MCII), einem Zusammenschluss von Experten aus Forschungsinstitutionen, Versicherungsindustrie, Entwicklungsorganisationen und NROs.

Vor und nach Kopenhagen werten wir die Arbeit in dem Bereich als sehr erfolgreich. MCII ist Urheber eines von zwei diskutierten Konzepten zu Versicherungslösungen in den UN-Verhandlungen. Außerdem gelang es durch die intensive Verhandlungsbegleitung durch Sven Harmeling, Christoph Bals und Sönke Kreft eine Kompromisslösung zu Versicherung und Risikoverminderung im Verhandlungstext von Kopenhagen zu platzieren. Mit Workshops, der Aufarbeitung von Informationen durch Hintergrundpapiere und Informationsbroschüren bringen Germanwatch und MCII nicht nur eine wichtige Beratungsleistung in den Verhandlungen, sondern versuchen ebenso die konkrete Implementierung in vulnerablen Regionen der Erde im Zuge existierender und zukünftiger bilateraler und internationaler Zusammenarbeit zu systematisieren und voranzubringen.

Klima und Sicherheit

Die Bedeutung des Themas Klima- und Energiesicherheit und seine Relevanz für zentrale Weichenstellungen hin zu einer postfossilen Gesellschaft ist seit dem schwachen Resultat des Kopenhagener Klimagipfels größer denn je. Der Sicherheitsdiskurs dreht sich einerseits um Klimasicherheit (menschliche Sicherheit gegenüber den Konsequenzen des Klimawandels), wobei die Risiken des Klimawandels im Vordergrund stehen, andererseits um Energiesicherheit, wobei die Chancen engagierter Klimapolitik zentral sind. Dieser außen- und sicherheitspolitische Diskurs kann die Dynamik der Umweltpolitik unterstützen. Hier setzt das UBA-geförderte KRIUM-Projekt (Krisenprävention, Umwelt und Ressourcen) an, das Germanwatch gemeinsam mit Adelphi Research durchführt. Im Rahmen des Projekts wird auf die Themenverbindungen Klimasicherheit, Energiesicherheit und Ernährungssicherung aufmerksam gemacht.

Germanwatch verfolgt den UNFCCC-Prozess und die parallelen Foren sowie deren Relevanz für die "Sicherheitsszene". Im KRIUM-Projekt stand somit sowohl vor wie auch kurzfristig nach Kopenhagen die institutionelle Frage im Mittelpunkt. In einem vorbereitenden Workshop im November 2009 und auf der Jahrestagung des Projekts im Januar 2010 wurden die Klima- und Energiesicherheitsinstitutionen diskutiert. Neue Governance-Strukturen als politische Antwort auf klima- und energiesicherheitspolitische Entwicklungen, die Rolle der UNFCCC und ihren begleitenden und parallelen Foren G8, G20, MEF⁶, etc. wurden analysiert. In einem weiteren Fachgespräch wurde geprüft, welchen Beitrag das Desertec-Vorhaben⁷ zur Klima-, Energie- und Ernährungssicherheit in der MENA-EU-Region⁸ liefern kann und welche Nachhaltigkeitskriterien es dazu erfüllen muss.

Des Weiteren engagiert sich Germanwatch, gemeinsam mit Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen, verstärkt zur Problematik der Klimamigration, die sich direkt mit der Prävention von umweltbedingten humanitären Krisen beschäftigt, indem für einen Rechtsschutz für so genannte Klimamigranten plädiert wird.

Die Zusammenhänge zwischen Klima-, Ernährungs- und Energiekrise, die im KRIUM-Projekt einen zentralen Stellenwert haben, haben Ende 2009 Christoph Bals und Rixa Schwarz in einem Artikel für die Zeitschrift Politische Ökologie analysiert.⁹ Diese Wechselwirkungen der einzelnen Herausforderungen an die globale bzw. menschliche Sicherheit sollen im abschließenden Projektjahr 2011 weiter verdeutlicht werden. An bereits behandelte Themen wie die Klima- und Energiesicherheit in Russland oder die klimabedingte Migration soll angeschlossen und vor allem der Dialog mit China verstärkt werden.

⁶ Major Economies Forum = Forum der großen Volkswirtschaften

⁷ Initiative, die sich für die Übertragung von in Wüstenregionen erzeugtem Solar- und Windstrom nach Europa einsetzt, siehe www.desertec.org

⁸ Middle East, North Africa and European Union

⁹ www.germanwatch.org/klima/poe2009.htm

Regionale Schwerpunkte: erweitert und vertieft

Bei den Germanwatch-Aktivitäten zum Thema Klima- und Energiesicherheit hat sich als regionaler Schwerpunkt neben den ursprünglichen Regionen Indien, Russland und Afrika auch die MENA-Region (s. o. Desertec) herauskristallisiert. Die Arbeit zum bereits als Schwerpunktregion identifizierten China (wegen der besonderen Bedeutung der Entwicklung des Landes für die globale Energie- und Klimasicherheit) wurde durch Dialoge zwischen deutschen, europäischen und chinesischen Akteuren intensiviert. Unterstützt wurde die unter Federführung von Rixa Schwarz durchgeführte Arbeit von Boris Schinke zum Schwerpunkt Institutionen und Desertec, sowie in Bezug auf China von Qian Cheng und Anne Koch.

Aktivitäten im Rahmen der Kampagne *KlimakanzlerIn gesucht*

Um dem Germanwatch-Ziel „Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels durch Klimaschutz“ näher zu kommen, war Germanwatch 2009 federführend dabei beteiligt, die Kampagne *KlimakanzlerIn gesucht* zu initiieren. Getragen wurde die Kampagne schließlich von der Klima-Allianz, Avaaz, E3G und der Global Campaign for Climate Action (GCCA) wobei die Koordination der Kampagnentätigkeiten bei Germanwatch (Oldag Caspar) angesiedelt war. Ziel der Kampagne war es, ein parteiübergreifendes Mainstreaming der Themen Klimaschutz und grüner Aufschwung zu erreichen. So sollte die im Wahlkampf vorherrschende Entkoppelung von Krisenbewältigung und Klimaschutz durchbrochen werden. Eine der zentralen Forderungen der Kampagne war es, dass Deutschland auf internationaler Ebene eine Klimavorreiterrolle einnehmen soll, indem es sich für ein wirksames Kopenhagen-Abkommen einsetzt. Nach dem offiziellen Ende von *KlimakanzlerIn gesucht* zum Jahresende 2009 konnten im Rahmen der Kampagne bis Ende Mai 2010 weiterhin Teilaktivitäten entwickelt werden. Derzeit bemüht sich Germanwatch um eine Anschlussfinanzierung seiner GCCA-relevanten Aktivitäten.

Aktionsschwerpunkte während der heißen Phase des Wahlkampfes sowie der Koalitionsverhandlungen sowie kurz vor und während der Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Rahmen der Kampagne *KlimakanzlerIn gesucht* waren Presseerklärungen, Straßenaktionen, Veröffentlichung von Umfragen, Gespräche mit Wahlkampfstrategen der Parteien sowie die Veröffentlichung eines gemeinsamen Aufrufes von Akteuren aus Wirtschaft, Kirchen, NGOs und Prominenz zum Kopenhagen-Engagement der Kanzlerin im Handelsblatt. Auch nach Kopenhagen wurden im Rahmen von GCCA zwei Straßenaktionen zu den zwei Klimaverhandlungsrunden in Bonn sowie dem Petersberger Klimadialog mit großer Presseresonanz durchgeführt.

Nationale Klimapolitik

Die Kampagne 100 Prozent Zukunft

Weltweit ist die Energiepolitik zunehmend durch Risiken und Unsicherheiten der knapper werdenden fossilen Energieressourcen, dem stark steigenden Energiehunger und schwankenden Preisen fossiler Energien geprägt. Germanwatch setzt sich daher für eine Energieversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien ein. In Europa rechnen wir basierend auf aktuellen Studien¹⁰ damit, dass diese Vision vor Mitte des Jahrhunderts Realität werden kann.

100 Prozent Erneuerbare Energien - Zukunft statt Sackgasse

Um die derzeitigen Energie-, Klima- und Wirtschaftskrisen zu bewältigen, müssen verschiedene Ansätze kombiniert werden. Der Umbau hin zu mehr Energieeffizienz und zu einer klimafreundlichen Versorgung mit Strom und Wärme aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien spielt dabei eine zentrale Rolle, denn:

- Er bietet nicht nur die große Chance, den Klimawandel einzudämmen, sondern gleichzeitig auch neue Technologien voranzubringen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Energieversorgung dauerhaft zu sichern.

¹⁰ PWC et al. 2010: 100% Renewable Electricity. www.pwc.co.uk/pdf/100_percent_renewable_electricity.pdf und European Climate Foundation (Hg.) 2010: Roadmap 2050. www.roadmap2050.eu

- Grüne Technologien sind schon heute eine der wichtigsten Wachstumsbranchen.
- Mit einem konsequenten Umstieg auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energien kann man wesentlich dazu beitragen, allen drei Krisen zu begegnen.

Wer heute die Deutschen repräsentativ befragt, wie die Energieträger der Zukunft aussehen sollen, erhält eine klare Antwort: 95 Prozent unterstützen laut aktuellen Umfragen den verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien.¹¹ Und damit sprechen sie aus, was auch wir vor Augen haben: Bis zum Jahr 2050 soll und kann ganz Europa mit Strom und Wärme aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien versorgt werden. Die Weichen in die Energiezukunft müssen jetzt gestellt werden. Falsche Entscheidungen von heute können jahrzehntelang negative Auswirkungen haben. Die Kampagne 100 Prozent Zukunft will deshalb mit der Vernetzung von zukunftsorientierten Kräften in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik beitragen.

Mit unserem 100-Prozent-Ziel...

sprechen wir nicht nur von einer Vision. Es geht vielmehr um einen schon eingeleiteten Umbau der Energieversorgung, der jetzt beschleunigt werden muss. 100 Prozent steht dabei nicht nur für Strom und Wärme aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien bis 2050, sondern auch für den entsprechenden Aus- und Umbau der Stromnetze. Hinzu kommt die möglichst weit reichende Ausnutzung der großen Potenziale, die in einer Steigerung der Energieeffizienz schlummern und die Chancen, die der Umbau hin zu einer klimafreundlichen Versorgung mit Energie für eine zukunftsfähige Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze bietet.

Der Umbau hin zu einer klimafreundlichen Versorgung mit Strom und Wärme aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien ist eine große, aber zu bewältigende Herausforderung. Nicht die technische Machbarkeit ist hier das größte Hindernis, sondern der fehlende politische Wille. Mit der Kampagne 100 Prozent Zukunft will Germanwatch daher gemeinsam mit bundesweit, regional und lokal aktiven Partnern die notwendigen politischen Entscheidungen anstoßen und beeinflussen.

Die Kampagne 100 Prozent Zukunft konkret

Mit der Kampagne 100 Prozent Zukunft wird Germanwatch neue Wege gehen. Das Innovative an dieser Kampagne ist der doppelte Ansatz: Einerseits durch klassisches Lobbying direkte Überzeugungsarbeit bei der Politik zu leisten, andererseits aber auch Menschen und die Wirtschaft zu motivieren, sich lokal und regional zu vernetzen und die Politiker vor Ort „in die Pflicht zu nehmen“. Die Kampagne steht hier unter dem Motto „1 > 10, 10 > 100, 100 > 1000“.

1 > 10: Germanwatch hat 10 Regionen ausgewählt, in denen relevante Politiker aus Bundestag und EU-Parlament ihre Wahlkreise haben. Hinzu kommen noch die zwei Bundesländer Hamburg und Thüringen, die eine wichtige Rolle auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Energieversorgung spielen.

10 > 100: In diesen Regionen wollen wir gemeinsam mit lokalen Partnern 100 Multiplikatoren wie etwa Unternehmer, Vertreter der Zivilgesellschaft und einzelne aktive Bürger gewinnen, die sich vernetzen, bei Veranstaltungen und Aktionen für die Ziele der Kampagne eintreten und in einen direkten Dialog mit den Politikern vor Ort treten.

100 > 1000: Diese 100 Multiplikatoren sollen insgesamt 1.000 weitere Aktivisten mobilisieren und damit den Kern einer „Klima-Bewegung“ bilden.

Das Internet wird bei der Kampagne „100 Prozent Zukunft“ eine sehr wichtige Rolle spielen, um Aktivitäten in den Regionen und bundesweit zu vernetzen. Das Herzstück der Kampagne ist deshalb eine interaktive Website¹². Gleichzeitig werden aber auch klassische Kampagnenmittel eingesetzt.

Die Zivilgesellschaft und Unternehmen, aber auch einzelne aktive Bürger spielen beim Umbau hin zu einer klimafreundlichen Energieversorgung eine wichtige Rolle. Germanwatch möchte im Rahmen der Kampagne "100 Prozent Zukunft" Partner aus der Zivilgesellschaft, aus der Wirtschaft und den Parteien auf lokaler, regionaler und Bundesebene gewinnen und sich mit diesen vernetzen. Die Kampagne

¹¹ u.a. Forsa 2009, Umfrage zum Thema „Erneuerbare Energien“ 2009, www.tinyurl.com/forsa2009erneuerbare

¹² www.100prozentzukunft.de

möchte dabei nicht doppeln was Andere tun, sondern kooperieren, vernetzen und neue Akteure für das gemeinsame Ziel gewinnen.

Eine wichtige Grundlage für die Kampagne bildeten Spenden, die Ende 2009 von zahlreichen UnterstützerInnen bei uns eingingen. In der Folge gelang es uns, Projektgelder von der European Climate Foundation für das Projekt einzuwerben. Mit dem Launch der Website am 8. Juli 2010 hat die Kampagne ihre Arbeit mit einem Schwerpunkt auf Lobbyarbeit um das Energiekonzept der Bundesregierung herum aufgenommen. Mit dem eigentlichen Kampagnenstart im September 2010, den das Kampagnenteam bestehend aus Brick Medak, Anne Koch, Pascal Molinario, Damian Arikas und Tobias Austrup derzeit vorbereiten, wird die Kampagne neben ihren Aktivitäten in Berlin stärker die Arbeit in den Regionen in den Fokus nehmen.

Strategische Elemente auf dem Weg zu 100% erneuerbaren Energien – Um- und Ausbau der Stromnetze

Hinsichtlich der Zielmarke, bis 2050 Deutschland und Europa zu 100% mit Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien zu versorgen, sind nationale und europäische Klimapolitik untrennbar miteinander verwoben. Der „SuperSmart Grid“-Ansatz (SSG)¹³ sieht vor, den massiven Ausbau dezentraler und zentraler Nutzung von Erneuerbaren Energien in Europa und angrenzenden Regionen optimal zu kombinieren. Dieser Um- und Ausbau der europäischen Stromnetze ist eine grundlegende Voraussetzung und eine zentrale Stellschraube für die Energiezukunft und ein wichtiges strategisches Ziel für die Arbeit von Germanwatch.

Zum einen müssen die Netze zu intelligenten Stromnetzen – sogenannten Smart Grids – umgebaut werden, wodurch die regional unterschiedlichen Erzeugungseinheiten miteinander gekoppelt und mittels automatischen Nachfrage- und Lastenmanagements zu den Verbraucherzentren transportiert werden können. Zum anderen sind die Netze zu überregionalen Fernleitungen fast ohne Stromverluste auszubauen – zu sogenannten Super Grids – um die EU mit Strom aus Nordafrika (etwa solarthermische Stromerzeugung und Wind), aus Nordeuropa (vor allem Wind), aus Osteuropa (etwa Strom aus Biomasse) sicher und kostengünstig versorgen zu können.

In strategischen Koalitionen wie dem nationalen Forum Netzintegration Erneuerbarer Energien oder der europäischen „Renewables Grid Initiative“ setzen wir uns für den Interessenausgleich zwischen betroffenen Akteuren ein und suchen gemeinsam mit anderen Stakeholdern nach Lösungen und Instrumenten, die die Optimierung des europäischen und nationalen Stromnetzes für die Einspeisung von Erneuerbaren Energien beschleunigen. Es gilt dabei ganz besonders die öffentliche Akzeptanz für diese Infrastrukturmaßnahmen auszubauen, soweit sie für ein immer stärker von fluktuierenden Erneuerbaren Energien geprägtes Energiesystem notwendig sind. In dem im Frühjahr 2010 gegründeten Desertec-Gesprächskreis engagieren wir uns für die Entwicklung eines Nachhaltigkeitskriterienkatalogs, der den Bau von Desertec-Projekten in nordafrikanischen Staaten nach entwicklungspolitischen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien beurteilt und sicherstellen soll, dass der betroffenen Bevölkerung Beteiligungsrechte gewährleistet werden und die Desertec-Vision umgesetzt werden kann. Dabei werden wir von Christoph Bals und Anne Koch vertreten.

Im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen zeigen wir – in Kooperation mit der European Climate Foundation und der libanesischen NGO IndyAct auf, wie die weitreichende Desertec-Vision im Rahmen des angestrebten Technologiemechanismus bzw. durch eine internationale Klimafinanzierung unterstützt werden könnte.

Im Rahmen unserer Kampagne 100 Prozent Zukunft (s.o.) setzen wir uns mit entsprechenden Lobbyaktivitäten gegenüber nationalen und europäischen politischen Entscheidungsträgern für den beschleunigten Um- und Ausbau der Stromnetze im Hinblick auf ein immer stärker auf Erneuerbaren Energien basierendes Energiesystem ein. Auf regionaler und lokaler Ebene setzen wir uns für mehr öffentliche Akzeptanz für den notwendigen Stromnetzausbau ein und bringen innovative Lösungskonzepte mit unseren Partnern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft voran.

¹³ grid: engl. für Stromnetz

Niedrig-Energie-Szenarien für Deutschland und das Energiekonzept der Bundesregierung

Langfristige Energieszenarien können wichtige Fragen beleuchten, wenn es darum geht, in welcher zukünftigen (Energie)-Welt wir leben wollen. Sie können helfen, mögliche Unstimmigkeiten in bestehenden Plänen zur zukünftigen Energieversorgung zu entdecken und so auf Weichenstellungen hinzuweisen, die blockieren würden, dass Deutschland sein Klimaschutz-Ziel erreicht. Daher sind sie auch eine essenzielle Grundlage für die aktuellen Diskussionen um das Energiekonzept der Bundesregierung.

Im Hinblick hierauf veröffentlichte Germanwatch Ende August eine Studie¹⁴, welche die vier wichtigsten bisher vorliegenden Niedrig-Energie-Szenarien für Deutschland vergleicht. Der unter Federführung von Jan Burck erstellte Szenarienvergleich ermöglicht, verschiedene Wege hin zu einer CO₂-armen Gesellschaft aufzuzeigen. Er erlaubt auch, die bei Redaktionsschluss der Studie (Mitte August) noch nicht verfügbaren Szenarien der Bundesregierung hinsichtlich ihrer Grundannahmen und Maßnahmen einordnen zu können (s.u.).

Die Szenarienanalyse zeigt, dass das Ziel einer Verringerung der Treibhausgase in Deutschland um 80-95 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 1990 zu erreichen und dies zu volkswirtschaftlich akzeptablen Kosten möglich ist. Klar ist allerdings auch, dass dies nicht ohne zusätzliche Maßnahmen gelingen kann, da die jetzigen gesetzlichen Vorgaben nicht ausreichen und die Rahmensetzung insgesamt zu kurz greift.

Die gesamte Debatte um die Zukunft der Energiepolitik fokussiert sich, wie man anhand der Diskussion zum Energiekonzept der Bundesregierung beobachten kann, derzeit zu stark auf die Atomausstiegsdebatte und klammert weitere Schlüsselthemen einer zukünftigen Energieversorgung wie den Ausbau der erneuerbaren Energien, der Stromnetze und Speicher und eine erhebliche Steigerung der Energieeffizienz weitestgehend aus.

Dabei macht die aktuelle Diskussion um einen Ausstieg aus dem Ausstieg der Nutzung der Kernenergie deutlich, wie hoch der Einfluss der großen Energiekonzerne auf unsere Energiezukunft ist. Der einst auch von ihnen mitgetragene Ausstiegskompromiss wird derzeit in Frage gestellt und eine Verlängerung der Laufzeiten wird von der schwarz-gelben Regierung angestrebt. Die neue Bundesregierung hatte eigentlich zugesagt, eine offene Debatte über ein zukünftiges Energiekonzept zuzulassen und hat deshalb verschiedene Institute (Prognos, GWS und EWI) damit beauftragt, Szenarien zu erstellen, die den Weg in eine CO₂-arme Zukunft aufzeigen sollen, gleichzeitig die Energiesicherheit nicht aus dem Blick verlieren und die Energiepolitik in Einklang mit dem Erreichen der Klimaziele bringen. Allerdings zeigen schon die vorher festgelegten Rahmenbedingungen der Szenarien keine Ausgewogenheit. So wurden von vornherein nur Szenarien gerechnet, die eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland vorsehen. Ein Szenario, welches die Klimaziele erreicht und die aktuelle Gesetzeslage zum Ausstieg aus der Atomkraft widerspiegelt, soll nach der Vorgabe der Bundesregierung nicht gerechnet werden. Dabei zeigen die meisten anderen aktuellen Szenarien (s.o.) deutlich, dass ambitionierte Klimaziele von bis zu 95 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2050 erreicht werden können - ohne auf Risikotechnologien wie z.B. die Kernenergie zurückgreifen zu müssen und dass dies bei intelligenter Klimapolitik auch zu vergleichsweise niedrigen Kosten erreicht werden kann.

Studie von Ecofys und Germanwatch zur Frage: Welche sind die besten und schlechtesten Politiken für einen "Green New Deal"?

Vor dem Hintergrund entsprechender Diskussionen bei den G20-Staaten über einen "Green New Deal", also dem Versuch, die Bekämpfung der Wirtschaftskrise mit der großen energiepolitischen Transformation zu verknüpfen, hat die im November 2009 vorgelegte Studie¹⁵ 100 klimapolitische Maßnahmen der G20-Länder analysiert. Sie stellt eine Auswahl der besten politischen Maßnahmen für einen notwendigen Green New Deal vor, um die Möglichkeiten einer gelungenen Verbindung von klima- und wirtschaftsfreundlichen Maßnahmen zu demonstrieren. Im Kontrast hierzu hebt sie die

¹⁴ www.germanwatch.org/klima/nes.htm

¹⁵ www.germanwatch.org/klima/score09g20.htm

schlechtesten Beispiele hervor und macht hierdurch den dringenden Handlungsbedarf deutlich, der trotz einzelner positiver Bemühungen von Staaten bestehen bleibt. Beispielsweise wird das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als vorbildlich eingestuft, während in Deutschland gleichzeitig das Fortbestehen klimaschädlicher Steuervorteile und Subventionen in den Bereichen Energieerzeugung (Kohle und Atomenergie) und Verkehr zu verzeichnen sind. Die von E3G und WWF herausgegebene Studie, zu der Jan Burck und Linde Griebhaber von Germanwatch Methodik und Politikanalysen beisteuerten, zeigt im Gesamtergebnis, dass nationaler Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg kein Widerspruch sind.

Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor

Das dreijährige Verbundprojekt „Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor“ wurde Ende 2009 mit einer großen Abschlusskonferenz auf der Frankfurter EuroFinance Week erfolgreich abgeschlossen. Das Germanwatch-Projektteam um Christoph Bals, Kristin Gerber und Katrin Enting engagierte sich hier zum Thema Zukunftsfähigkeit des Finanzmarktes und koordinierte die Aktivitäten der beteiligten Akteure.¹⁶

Kernidee des Projektes war es, deutsche Finanzdienstleister dabei zu unterstützen, angemessen mit den Risiken und Chancen des Klimawandels umzugehen. Hierzu wurden innovative Verfahren des Risikomanagements (weiter-)entwickelt und in der Praxis eingesetzt.

Das Projekt war auf der methodischen Ebene in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich. Darauf deutet schon seine Entstehungsgeschichte hin – es wurde in Gesprächen zwischen Germanwatch und Vertretern der deutschen Finanzindustrie konzipiert. Auf dieser Grundlage wurden Wissenschaftler in das Gespräch miteinbezogen. Es bildete sich ein Projektkonsortium bestehend aus Germanwatch (Konsortialleiter), Universität Potsdam, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sowie Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und dem European Climate Forum. Als Praxispartner waren unter anderem Munich Re, WestLB AG, HypoVereinsbank (UniCredit Bank AG) und Allianz Global Investors im Konsortium beteiligt.

Das Projekt verfolgte den Ansatz der Stakeholder-basierten Wissenschaft. Das bedeutet, dass die Praxispartner am Forschungsprozess teilnahmen und ihre Bedürfnisse – auch im Projektverlauf – einen wesentlichen Einfluss auf die inhaltlichen Forschungsschwerpunkte hatten. Dies erwies sich als besonders hilfreich, da das Projekt flexibel auf die veränderten Interessenlagen reagieren konnte, die durch zwei dramatische themenrelevante Umbrüche – die Aufwertung des Klimathemas ab Ende 2006 und die globale Finanzkrise ab September 2008 – entstanden.

Ausgangspunkt des Forschungsprojektes war die Hypothese, dass die aus dem Klimawandel resultierenden Risiken und Chancen von der Mehrheit des Finanzmarktes noch nicht systematisch in die Finanzanalyse, die Bewertung bei Investitionsentscheidungen sowie das Risikomanagement eingeschlossen werden. Bisweilen werden nur Schlüsse aus historischen Geschäftsentwicklungen gezogen und Prognosen für die Zukunft entwickelt. Das Forschungsprojekt vertritt die These, dass die traditionellen Methoden des Risikomanagements nicht ausreichen und angesichts komplexer Veränderungen wie dem Klimawandel versagen. Dies trifft im Übrigen nicht nur auf den Klimawandel, sondern auch auf die gesellschaftlichen Rückkopplungen möglicher Auswirkungen des Klimawandels zu: auf nationale und internationale Klimapolitik, Änderungen des Konsumentenverhaltens, verändertes Verhalten der Vermögensanlage, etc.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, wurde das Konzept eines Bayesianischen Risikomanagements entwickelt und in der Praxis erfolgreich getestet. Zu den wichtigsten Ergebnissen des Projekts zählt die Entwicklung einer solchen Methode, die sich als hervorragend geeignet erwiesen hat, um einen Teil der systemischen Risiken angemessen zu bewältigen.

Germanwatch hatte schon vor dem Projekt vielerorts den Ruf einer seriösen, an langfristigen Zielen orientierten, zugleich wissenschaftsbasierten und praxisnahen Nichtregierungsorganisation. Dieser Ruf hat erheblich zum Erfolg des Projekts beigetragen, insbesondere im Hinblick auf die konkrete Umsetzung bei Banken und Versicherern. Gleichzeitig hat das Mainstreaming-Projekt es Germanwatch ermöglicht, seine Position in der Finanzmarkt/Wissenschafts-Szene zu festigen und auszubauen.

¹⁶ Projektwebsite mit Publikationen und weiteren Informationen: www.climate-mainstreaming.net

Der Dialog und – soweit es gemeinwohlorientierte Ziele fördert – die strategische Zusammenarbeit mit Teilen der Wirtschaft als einem wichtigen Akteur in der Gesellschaft, stellt ein Kernstück des Germanwatch-Ansatzes dar. So hat Germanwatch vor Beginn des Mainstreaming Projekts auch schon verschiedene Projekte im Themenbereich Finanzmarkt und Risiken durchgeführt – stets in Kooperation mit wichtigen Akteuren der Finanzbranche.

Germanwatch war zum ersten Mal Konsortialführer in einem vom BMBF geförderten Wissenschaftsprojekt. Der methodische Grundansatz des Projektes im Sinne einer Stakeholder-basierten Wissenschaft hat sich bewährt. Insbesondere wenn es darum geht, gemeinwohlorientierte Rahmensetzungen so zu etablieren, dass daraus neue, tragfähige Geschäftsmodelle entstehen, ist das Zusammenspiel von NGOs, Wissenschaft, (Finanz-)wirtschaft und Politik unerlässlich. Im Rahmen des Mainstreaming-Projektes haben wir das am Beispiel des Klimawandels durchexerziert.

In der internationalen Debatte um die nötigen Finanzmittel/Investitionen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel wird derzeit im Finanzmarkt intensiv über ähnliche Allianzen nachgedacht, die intelligente Rahmensetzungen sowie die Kombination von öffentlichem Handeln / öffentlicher Finanzierung und privater Investition vorantreiben. Dies betrifft sowohl die nationale Klimafinanzierung (also in unserem Fall in Deutschland), als auch die internationale Klimafinanzierung, wie sie im Copenhagen Accord angekündigt wurde.

CCS und die Zukunft der Kohle

Mit dem notwendigen dynamischen Ausbau von Erneuerbaren Energien ist der Neubau von Stein- und Braunkohlekraftwerken in Deutschland nicht vereinbar. Kraftwerke, die ökonomisch auf 7000 bis 8000 Stunden Laufzeit pro Jahr ausgelegt sind, blockieren den Umbau zu einem Energiesystem, das immer stärker und bis 2050 ganz auf fluktuierenden Erneuerbaren Energien basiert. Das gilt für Kohlekraftwerke mit und ohne CCS.

Völlig unakzeptabel wird die Debatte um CCS, wenn sie benutzt wird, um mit vagen Zusagen für spätere CCS-Nutzung Akzeptanz für neue Kohlekraftwerke zu schaffen. Ebenso unseriös ist es, politische Planungen auf Kohle mit CCS aufzubauen, bevor der Nachweis geführt ist, dass der großtechnische Einsatz von CCS zuverlässig und sicher gewährleistet werden kann.

Dennoch hat sich Germanwatch zu der Position durchgerungen, dass nicht darauf verzichtet werden kann, die Option der Abscheidung und geologischen Lagerung von CO₂ (CCS) schnell und ernsthaft großtechnisch zu prüfen. Angesichts fehlender Alternativen für das Vermeiden der CO₂-Freisetzung in Zement- und Stahlproduktion sowie der chemischen Industrie, aber auch angesichts der enormen Dynamik der Kohlenutzung v.a. in China und Indien halten viele Wissenschaftler den Einsatz der Technologie für notwendig, wenn die Chance aufrecht erhalten werden soll, einen gefährlichen Klimawandel noch zu vermeiden. In jedem Fall ist klar, dass CCS als teure End-of-the-pipe-Technologie allenfalls eine Brückentechnologie sein kann. Es ist nicht mit dem Konzept einer Kreislaufwirtschaft vereinbar, das CO₂ einfach in geologische Lager zu pumpen.

Auch nach dem Scheitern des ersten Anlaufs für ein CCS-Gesetz im Sommer 2009 hat Germanwatch zu den vielen rund um CCS bestehenden und teils umstrittenen Fragen Vorträge gehalten und Stakeholderdialoge sowie einen internen Workshop mit Vertretern aus Nichtregierungsorganisationen über das umstrittene Thema CCS durchgeführt. Außerdem wurde unter Federführung von Dr. Manfred Treber und mit Unterstützung des Bundesumweltministeriums sowie des Umweltbundesamts auf vielfältigem Wege Informationsarbeit zu den strittigen Fragen des CCS gemacht – u.a. im Newsletter KlimaKompakt¹⁷. Wenn das Thema CCS bei den UN-Klimaverhandlungen angesprochen wurde (zumeist im Zusammenhang CCS im CDM) hat Germanwatch die Entwicklung beobachtet und dazu Kurzberichte verfasst¹⁸.

Auto- und Schienenverkehr

Germanwatch verfolgt weiter das in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gekommene Thema Elektromobilität. So wurde Verkehrsreferent Manfred Treber bei der Erstellung der Studie "Elektrizi-

¹⁷ Vgl. www.germanwatch.org/kliko/k66home.htm

¹⁸ vgl. <http://www.germanwatch.org/klima/ccs-kber.htm>

tät – Schlüssel zu einem nachhaltigen und klimaverträglichen Energiesystem" des Arbeitskreises Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft gebeten, den Entwurf für das Kapitel Elektromobilität zu schreiben. Zum Thema Nachhaltigkeit in der Mobilität entwickelt Germanwatch regelmäßig neue Sichtweisen¹⁹ und weist auf langfristige Fehlentwicklungen hin²⁰, wenn etwa die meisten Szenarien trotz des Endes des billigen Öls bis zum Jahr 2050 für Deutschland eine so dominierende Rolle des motorisierten Individualverkehr wie gegenwärtig sehen.

Klima und Flugverkehr

Germanwatch hat bei den UN-Klimaverhandlungen auch den Blick auf den internationalen Flug- und Schiffverkehr, der weiterhin praktisch keine Klimaschutzverpflichtungen auferlegt bekommen hat, und ist hierzu mit Manfred Treber im Arbeitskreis Flugverkehr des Deutschen Naturschutzrings (DNR) aktiv. Neue Dynamik für das Thema ist in den letzten Monaten endlich entstanden. Immer mehr Akteure erkennen, dass eine Abgabe oder der Einbezug des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs in den Emissionshandel nicht nur das Klimaproblem begrenzen, sondern auch Geld für die notwendigen Klimachutz-, Anpassungs- und Regenwaldschutzaufgaben generieren kann.

Klimafreundliche öffentliche Beschaffung

Seit August 2009 beschäftigt sich Germanwatch in einem von der European Climate Foundation geförderten Projekt verstärkt mit klimafreundlicher öffentlicher Beschaffung. Damit ergänzen und unterstützen wir die Aktivitäten des von Germanwatch mitgegründeten „CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung“²¹, das sich schon geraume Zeit mit sozialen Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe beschäftigt.

Klimaverträgliche Beschaffung ist ein wichtiger Baustein des großen Strukturwandels, der notwendig ist, damit Deutschland seinen angemessenen Beitrag leisten kann, die Erderwärmung im globalen Durchschnitt gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Sie ist zudem eine Maßnahme, die Lösungen sowohl für den Klimaschutz als auch für die Ökonomie vereint: Strategischer und intelligenter Einkauf kann neue Technologien pushen, Arbeitsplätze schaffen und die öffentlichen Kassen entlasten.

Trotz einiger guter Ansätze sowohl auf der gesetzlichen wie auch auf der Umsetzungsebene wird die enorme Marktmacht der öffentlichen Hand in Deutschland noch unzureichend genutzt. Germanwatch fordert daher insbesondere die Bundesregierung, aber auch die Bundesländer und die Kommunen dazu auf, die öffentliche Beschaffungspraxis mit den nationalen Klimaschutzzielen abzustimmen und zielführende Maßnahmen zu entwickeln, damit klimaverträgliche energieeffiziente Beschaffung zur Regel wird.

Ziel des von Katrin Ansel und Tobias Pforte-von Randow koordinierten Projektes ist ein nationaler Aktionsplan für klimaverträgliche öffentliche Beschaffung, wie ihn die Europäische Kommission seit langem fordert und die meisten anderen EU-Mitgliedstaaten auch schon umgesetzt haben. Mit der Reform des Vergaberechts im April 2009 gibt es endlich mehr Rechtssicherheit bei der Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien in der öffentlichen Beschaffung. Da diese Kriterien leider nur mit einer „Kann-Bestimmung“ enthalten sind, ist für die Anwendung dieses Gesetzes aber politischer Wille erforderlich. Trotz vermehrter Stimmen aus Politik und Wirtschaft²², die öffentliche Beschaffung konsequenter nach ökologischen Kriterien auszurichten, ist eine politische Strategie, die über Einzelmaßnahmen hinausgeht, in weiter Ferne. Ein nationaler Aktionsplan würde diese Einzelmaßnahmen bündeln, evaluieren und mit den definierten Zielvorgaben abgleichen. Zudem kann eine zentrale Servicestelle ähnlich der SenterNovem in den Niederlanden Produktgruppen identifizieren und nach Einsparpotentialen klassifizieren. Sie bietet überdies wertvolle Hilfestellung für die Beschaffer vor Ort.

¹⁹ vgl. <http://www.germanwatch.org/klima/mt10pkw.pdf>

²⁰ vgl. <http://www.germanwatch.org/klima/mt10lv.pdf>

²¹ www.cora-netz.de

²² www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2010/2010-07-08/unternehmen-fuer-oekologische-beschaffung-der-oeffentlichen-hand/

Germanwatch hat sich im Rahmen des Projektes im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 dafür eingesetzt, dass ein nationaler Aktionsplan in den jeweiligen Wahlprogrammen und dann in den Koalitionsvertrag Eingang findet. Letzteres ist in der Phase der Regierungsbildung leider nicht gelungen.

Dennoch konnte Germanwatch in vielen Gesprächen quer durch die Parteien Zustimmung für eine konsequente klimaverträgliche öffentliche Beschaffung erreichen. Durch ein eigenes Positionspapier²³ zum Thema und eine enge Vernetzung sowohl mit den politischen wie auch den administrativen Akteuren in diesem Bereich konnten wir uns als Ansprechpartner positionieren.

Neben den Gesprächen mit bundespolitischen Akteuren und der Vorbereitung einer parlamentarischen Initiative über die beiden großen Oppositionsparteien rückt die Landesebene immer mehr in den Fokus. Immer mehr Länderparlamente haben im Berichtszeitraum eigene Gesetze oder Richtlinien erlassen, die eine striktere Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards vorsehen. Hier gilt es anzusetzen, denn bei der Umsetzung merken immer mehr Länder, dass eine nationale Koordinierung effizienter und ressourcenorientierter wäre.

Klimabildung und Verbraucherinformation

Verbraucher für Klimaschutz - Für mich für dich fürs Klima

Nicht nur die Öffentliche Hand sollte eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn es darum geht, soziale und ökologische Kriterien im Beschaffungswesen zu berücksichtigen – auch jeder Einzelne kann den Geldschein als Stimmzettel verwenden. Die Politik kann nur soweit Klimaschutz gestalten, wie dies von der Bevölkerung mitgetragen wird. Germanwatch ist Fördermitglied beim Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und unterstützt durch die Arbeit von Stefan Rostock seit Oktober 2008 mit Klimahintergrundwissen das mehrjährige Klimaprojekt des vzbv „für mich. für dich. fürs klima“.²⁴ Im Rahmen des Projektes entstanden Broschüren zu Klimawandel und zu Klimapolitik, die die Sensibilisierung und Mobilisierung der Verbraucher zum Ziel haben. Kernthemen des Projektes sind klimafreundlichere Mobilität und Ernährung sowie nachhaltige Finanzen. Transparenz und Information sollen Verbraucher befähigen klimafreundlicher zu handeln. Es werden u.a. Anbieter angesprochen Kennzeichnungspflichten einzuhalten oder Verbraucher direkt auf alternative Mobilitätslösungen für ihre täglichen Wege aufmerksam gemacht. Eine Telefonhotline berät bei Mobilitätsfragen. Das Projekt spricht über die 16 Verbraucherzentralen der Bundesländer und die anderen beteiligten Verbände – Deutscher Mieterbund, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Verkehrsclub Deutschland (VCD), VerbraucherService im Katholischen Deutschen Frauenbund – ein breites Spektrum der Bevölkerung in ganz Deutschland an. Germanwatch stellt mit einem regelmäßigen Klima-Update sowohl den ca. 120 MitarbeiterInnen des vzbv-Klimaprojektes wie auch Interessierten an den Infoständen und in den Verbraucherzentralen und Beratungsstellen aktuelle Informationen zu Klimawandel und Klimapolitik verständlich aufbereitet zur Verfügung.

Das Verbraucherklimateilprojekt erlebte in 2009/2010 mit der sichtbaren Teilnahme an Großveranstaltungen sicherlich seine Höhepunkte. Auf der Internationalen Automobilmesse (iaa, 17.-27. September 2009) in Frankfurt, dem ökumenischen Kirchentag (12.-16. Mai 2010) in München, bei dem die Münchener Germanwatch-Regionalgruppe tatkräftig mitwirkte, oder der Auto Mobil International (AMI, 10.-18. April 2010) in Leipzig war auch immer Germanwatch mit einem Infotisch im Stand des Verbraucherprojektes dabei.

„Für mich. für dich. fürs klima“ ging im Sommer und Herbst 2010 mit Infoständen und Klima- und Mobilitätsberatern auf Radshow. Ziel dieser bundesweiten Aktionsform ist es, mehr Menschen insbesondere bei Kurzstrecken vom Pkw hin zu umweltfreundlichen Mobilitätsformen zu bewegen. Dazu standen stets Berater bereit sowie Elektrofahrräder (genauer Pedelects, da sie nur das Treten unterstützen und nicht „von alleine“ elektrisch fahren), die zum Testen ausgeliehen werden konnten. Germanwatch war bei den meisten der Aktionen als Klimaberater mit dabei.

²³ www.germanwatch.org/klima/pos-kb.htm

²⁴ www.verbraucherfuersklimateil.de

Seit Januar 2010 unterstützt Katrin Enting das Verbraucherklimateam, insbesondere durch Leitung der AG nachhaltige Geldanlagen, die sich im Herbst 2009 gegründet hat. Im Januar 2010 konnte die erste Broschüre für Verbraucher zur Klimabewussten Geldanlage veröffentlicht werden. Weitere Materialien insbesondere zur Unterstützung der Beratungskräfte in den Verbraucherzentralen sind in der Erstellung. Für den Herbst ist ein Fachgespräch mit Anbietern klimafreundlicher Geldanlageprodukte geplant.

Einfach besser Leben. Bericht zur Lage der Welt 2010

In Zusammenarbeit mit dem Worldwatch Institut und der Heinrich Böll Stiftung veröffentlichte Germanwatch im März 2010 den „Bericht zur Lage der Welt 2010“ mit dem deutschen Titel: "Einfach besser Leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil". Darin werden aus deutscher und amerikanischer Perspektive Möglichkeiten skizziert, wie der Einzelne durch sein Verhalten die Umwelt- und insbesondere die Klimabilanz seines Verhaltens verbessern kann. Klaus Milke und Stefan Rostock leiten für Germanwatch im Eingangskapitel daraus konkrete Forderungen an die Politik ab. Die multiplen Herausforderungen erfordern mehr als ein paar kleine politische Reformen oder ein Stellen an der Steuerschraube. Wir stehen an einem Scheideweg. Das Buch zeigt Beispiele dieser notwendigen Veränderungen: Sie betreffen unsere Art zu wirtschaften ebenso wie unser individuelles Handeln. Es zeigt: Wir brauchen eine neue Kultur der Nachhaltigkeit

Klimapolitische Bildung

Germanwatch Klimaexpedition

Mit der Germanwatch Klimaexpedition sind wir Woche für Woche in Schulen aktiv. Sie wird vor Ort von den Umweltpädagogen unseres langjährigen Projektpartners Geoscopia durchgeführt und hat seit ihrem Beginn 2004 über 100.000 Schülerinnen und Schüler erreicht. Live-Satellitenbilder werden in einem 90minütigen, die SchülerInnen interaktiv einbeziehenden Vortrag mit archivierten Satellitenbildern verglichen. Die Folgen des Klimawandels und das Wirken der Menschen auf der Erde werden so eindrucksvoll und ohne moralischen Zeigefinger sichtbar. Die Germanwatch Klimaexpedition ist für den Einsatz an Klassen 5-13 an allen Schulformen konzipiert, wird aber zunehmend auch zur Multiplikatorensensibilisierung und -schulung eingesetzt.

Das Konzept erfreut sich steigender Nachfrage. Die Germanwatch Klimaexpedition ist anerkanntes Projekt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung und ist zunehmend im Ausland aktiv. So konnte im Februar 2010 mit einem Besuch der Germanwatch Klimaexpedition beim indischen Center for Environment Education deren Wirkung in einem Schwellenland getestet werden. Ziel war darum möglichst viel Feedback der indischen SchülerInnen und StudentInnen zu erhalten. Die Möglichkeit, über das indische satellitengestützte Schulfernsehen 16.000 Colleges zu erreichen, brachte dann ungeahnte Breitenwirkung.

An vielen Schulen ist die Germanwatch Klimaexpedition mittlerweile im Schulcurriculum fest verankert und hat diverse Folgeaktivitäten wie AGs und Umweltgruppen initiiert. Sehr wirkungsvoll ist die Mundpropaganda der SchülerInnen in ihr eigenes Umfeld, wie wir es an den steigenden Nachfragen von Messdienergruppen, Freiwilliges Soziales Jahr, Pfadfindern u.a. ablesen können. Viele der Einsätze erfolgten in Kooperation mit der Energiesparlampen-Recycling-Initiative Lightcycle im Rahmen der „S'cooltour“ (www.scooltour.info).

Klimabildung – Vorträge – Beratung

Klimaschutz braucht das Verständnis für die Zusammenhänge. Germanwatch stellt die großen Herausforderungen Klima-Energie-Nahrung-Sicherheit in Zusammenhang und zeigt Perspektiven für global gerechte Lösungen. Hier sind wir ein gefragter Partner für die vertiefte Diskussion des Klimawandels und der aktuellen Klimapolitik in Nord-Süd-Perspektive. Mit verschiedenen Einrichtungen haben sich regelmäßige Kooperationen mit Germanwatch-Vorträgen ergeben, so mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des thematischen Bildungsurlaubs.

Germanwatch berät darüber hinaus andere Akteure bei ihren Kampagnenstrategien, etwa die Klimakampagne des Eine-Welt-Netztes NRW „Heisse Zeiten“ und bei der für 2011 geplanten bundesweiten

Jahresaktion der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg (DPSG) zu Klimawandel im südlichen Afrika.²⁵

Mit den "Hamburger Klimagesprächen" organisierte die Germanwatch-Regionalgruppe Hamburg in der zweiten Hälfte 2009 eine Veranstaltungsreihe der besonderen Art zu Schwerpunkten des Hamburger Klimaschutzkonzeptes. Die Gruppe wollte nicht dem üblichen Schema eines Diskussionsabends folgen, sondern etwas Neues ausprobieren. Angeregt von der Promenadologie (Spaziergangswissenschaft!), einer Methode aus der Landschaftsplanung, entwickelte sie ein Veranstaltungskonzept, bei dem die Diskussion im Rahmen einer Ortsbegehung quasi von selbst entsteht.²⁶

Klimabildungsmaterial

In Kooperation mit dem Verlag Natur und Kosmos und dem Bundesweiten Arbeitskreis der staatlich getragenen Umweltbildungsstätten (BANU) erstellte Germanwatch ein Poster zu den Kipp-Punkten im Klimasystem.²⁷ Unter dem Titel „Klimawandel. Die Erde im Fieber“ wird das Poster der Zeitschrift Natur und der Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ beigelegt. Die Verteilung an Multiplikatoren erfolgt über die Seminare der BANU und an SchülerInnen über die Germanwatch Klimaexpedition.

Bundesweit verteilt wird die im Rahmen des Verbraucherklimaprojektes entstandene Broschüre „Globaler Klimawandel. Klimawandel und Treibhauseffekt“.²⁸ Der zweite Teil zu Klimapolitik erscheint nach der Sommerpause.

²⁵ www.heisse-zeiten.org und www.dpsg.de

²⁶ vgl. www.germanwatch.org/klima/hh-gespr.htm

²⁷ www.germanwatch.org/klima/poster10-9-01.htm

²⁸ www.germanwatch.org/klima/gkkt.htm

Welthandel und Ernährung

Die Projekte des Bereichs Welthandel und Ernährung konzentrierten sich im letzten Jahr auf die europäische Agrar- und Handelspolitik. Neben unserem langjährigen Schwerpunkt der Ernährungssicherheit durch eine kleinbäuerliche Landwirtschaft spielt der Klimawandel eine zunehmende Rolle in unseren Aktivitäten, insbesondere die Treibhausgasemissionen (und hier v.a. Methan) aus der exportorientierten Intensivlandwirtschaft der EU.

Hierzu haben wir in zwei Projekten gearbeitet: „Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt“ und „Jetzt handeln!“. Darüber hinaus waren wir in diversen Netzwerken aktiv, u.a. in den Arbeitsgruppen zu Handel sowie Landwirtschaft und Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung, dem Agrarbündnis und im AK Welternährung von BMZ und BMELV.

Personell gab es im Bereich „Welthandel und Ernährung“ Veränderungen: Kerstin Lanje wechselte im Januar 2010 zu Misereor. Seit Anfang des Jahres ist Marco Klemmt in Berlin zu uns gestoßen, zunächst als Elternzeitvertretung für Tobias Reichert und mindestens bis Ende 2010 als zusätzliche Kraft.

„Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt“

Gemeinsam mit FIAN Deutschland, Both Ends aus den Niederlanden und UK Food Group hat Germanwatch in diesem EU-geförderten europäischen Vorhaben den afrikanischen Kleinbauern in der europäischen Öffentlichkeit ein Gesicht gegeben. Der Schwerpunkt lag dabei auf den gerade verhandelten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der EU und afrikanischen Ländern. An den Länderbeispielen Ghana, Uganda, Burkina Faso und Sambia wurden die komplexen Beziehungen zwischen Liberalisierung des Handels, ländlicher Armut und dem Recht auf Nahrung aufgezeigt sowie die Folgen der EU-Politik für bestimmte Produkte (u. a. Hähnchen, Tomaten, Milch) sichtbar gemacht. Dazu wurden zahlreiche Publikationen und Studien erstellt.²⁹ Germanwatch beteiligte sich zudem an der „Stop EPA“-Kampagne.

Durch öffentlichen Druck und Lobbyarbeit konnten wir im Rahmen des Projekts dazu beitragen, dass die EU (teilweise auch auf Initiative der Bundesregierung) in den EPA-Verhandlungen flexibler wurde, auch wenn sie noch weit von einer wirklich entwicklungsfreundlichen Position entfernt ist. Das Projekt endete im Januar 2010. Eine Fortführung im europäischen Rahmen ist zur Zeit nicht angedacht. Allerdings werden einige Aspekte wie z. B. die Milchproblematik im Projekt „Jetzt handeln!“ weiter behandelt.

„Jetzt Handeln!“ Für eine klima- und entwicklungsfreundliche EU-Agrarpolitik

Mit dem im April 2009 begonnenen Projekt „Jetzt handeln!“ setzen wir unsere langjährige Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fort. Im Fokus steht die Neugestaltung der EU-Agrarpolitik ab 2014. Eine zentrale Rolle wird dabei die Kohärenz mit Entwicklungspolitik und Klimaschutz spielen, die wir am Beispiel Milch verdeutlichen.

Wichtige Aktivitäten waren die Internationale Tagung „Die Milch macht’s“ (Berlin, Januar 2010) und die Erstellung der Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“, ihre Präsentation auf dem Ökumenischen Kirchentag (München, Mai 2010) und die Erstellung einer Studie zu Klima und Landwirtschaft, mit einem Fokus auf den positiven Klimaeffekten von Grünlandnutzung. Darüber hinaus war Germanwatch maßgeblich an der Erarbeitung von Positionspapieren zur Reform der EU-Agrarpolitik beteiligt.

Bis zum Ende des Projekts im Dezember 2011 werden wir konkrete Forderungen zum Klimaschutz in der EU-Agrarpolitik erarbeiten und zusammen mit den entwicklungspolitischen Positionen gegenüber Regierung und Bundestag vertreten. Die Ausstellung wird - nach einer ersten Vernissage in Berlin mit der Fernsehköchin Sarah Wiener - in Deutschland und angrenzenden europäischen Ländern gezeigt. Sie soll einen Einstieg ins Thema bieten und regionale Aktivitäten zur entwicklungs- und klimafreundlichen Reform der Agrarpolitik unterstützen.

²⁹ Alle abrufbar unter www.germanwatch.org/handel/epa.htm

Unternehmensverantwortung

Das Jahr 2010 markiert ein wichtiges Jahr in der weltweiten Debatte um unternehmerische Verantwortung und entsprechende Rahmensetzungen für die Einhaltung von Menschenrechten sowie Sozial- und Umweltstandards. Sowohl freiwillige Ansätze als auch verbindliche Instrumente zu Unternehmensverantwortung werden verstärkt diskutiert, neue Ansätze entwickelt oder aktuell überarbeitet. Germanwatch nutzt viele dieser Ansätze als Hintergrund für die eigene Arbeit, wie den Prozess zu Wirtschaft und Menschenrechten auf UN-Ebene, den der Sonderbeauftragte John Ruggie leitet, oder die Studie und Diskussionsprozesse auf europäischer Ebene zu Unternehmensverantwortung. Wir bringen uns auch aktiv ein, insbesondere in die Umsetzung und Überarbeitung der OECD-Leitsätze, die Diskussion um neue Rahmensetzungen auf europäischer Ebene, den Global Compact, das CSR-Forum in Deutschland sowie auf Sektorebene zur Unternehmensverantwortung des IT-Sektors.

Die Arbeitsschwerpunkte von Germanwatch im Bereich Unternehmensverantwortung werden von Cornelia Heydenreich, Johanna Kusch und Jochen Dallmer betreut - bis Mai 2010 auch mit Unterstützung von Laura Ceresna. Sie lassen sich den drei von John Ruggie aufgestellten Bereichen zuordnen, in denen er in seinem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat im Jahre 2008 Handlungsbedarf identifiziert hatte: Bei der Schutzpflicht der Staaten für Menschenrechte im In- und Ausland, bei der Verantwortung von Unternehmen und beim Zugang von Betroffenen zu Beschwerdemechanismen.

Schutzpflichten der Staaten stärken → EU-Regeln für Unternehmensverantwortung durchsetzen

Die Schutzpflicht der Staaten für die Einhaltung von Menschenrechten beinhaltet unter anderem, dass sie entsprechende Regelsysteme schaffen müssen, so dass multinationale Unternehmen nicht nur die Menschenrechte in dem Land zu wahren haben, in dem sie ihre Hauptniederlassung haben, sondern vor allem auch dort, wo ihre außereuropäischen Tochterunternehmen und Hauptzulieferer tätig sind. Deshalb engagieren wir uns im Rahmen des deutschen CorA-Netzwerkes für Unternehmensverantwortung für entsprechende Maßnahmen sowie auf europäischer Ebene über die European Coalition for Corporate Justice (ECCJ), in der das CorA-Netzwerk Mitglied ist.

Im Mai startete die europaweite Kampagne „Rechte für Menschen - Regeln für Unternehmen“³⁰ von ECCJ. Damit will die ECCJ breite öffentliche Unterstützung für verbindliche Regelungen für Unternehmen auf EU-Ebene gewinnen: 1. Haftungs- und Sorgfaltspflichten der Unternehmen für ihre Tochterfirmen und Zulieferer, 2. Berichtspflichten zu menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Belangen, 3. Zugang zu EU-Gerichten für Betroffene aus Entwicklungsländern. Die Zeit dafür scheint reif, denn aktuell lässt auch die EU in einer juristischen Studie die bestehende europäische Rechtslage zum globalen Agieren von Unternehmen untersuchen.

Germanwatch koordiniert die deutschen Aktivitäten der ECCJ-Kampagne im Rahmen des CorA-Netzwerkes und hat in diesem Zusammenhang u.a. die Studie „Unternehmensverantwortung – Vorschläge für EU-Reformen. Eine juristische Analyse der Auslandstätigkeit zweier deutscher Unternehmen“³¹ veröffentlicht. Diese analysiert an Hand von zwei Fallbeispielen die Rechtslage auf deutscher Ebene und bildet mit ihren Schlussfolgerungen eine wichtige Grundlage für die Forderungen der ECCJ zu Regelungen auf europäischer Ebene.

In den kommenden Monaten wollen wir mit Unterstützung von juristischen Experten die ECCJ-Forderungen für die deutsche Ebene weiterentwickeln und zunehmend politische Unterstützung gewinnen. Zudem wollen wir die Öffentlichkeit mobilisieren und bis Ende des Jahres europaweit 100.000 Unterschriften für die Kampagne sammeln. Im November wird dazu eine Kunst-, Bildungs- und Aktionswoche stattfinden.

Ein weiterer wichtiger Ansatz, bei dem die Staaten ihrer Schutzpflicht für die Menschenrechte nachkommen sollten, besteht in den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen. Damit verbunden ist ein Beschwerdemechanismus (mehr hierzu unter "Zugang zu Beschwerdemechanismen" weiter unten).

³⁰ www.rechtfuermenschen.de

³¹ www.germanwatch.org/corp/euref.htm

Mit der Schutzpflicht des Staates haben sich auch zwei weitere Aktivitäten im Berichtszeitraum beschäftigt: Wie auch John Ruggie meinen wir, dass die Vergabe von Exportkreditagenturen ein wichtiges Instrument ist, damit Staaten ihrer menschenrechtlichen Verantwortung auch in der Außenwirtschaftsförderung nachkommen. Gemeinsam mit anderen NGOs wie Amnesty International, Urgewald und FIAN setzen wir uns dafür ein, dass bei der aktuellen Überarbeitung der OECD-weiten Umweltleitlinien für Exportkreditagenturen der Menschenrechtsschutz prominenter aufgenommen wird.

Darüber hinaus hat Kristina Steenbock als stellvertretende Vorsitzende Germanwatch beim Deutschen Netzwerk des Global Compact und im deutschen CSR-Forum (das vom Sozial- und Arbeitsministerium koordiniert wird) vertreten.

Verantwortung der Unternehmen stärken → IT-Branche fair und nachhaltig gestalten

Die Stärkung der unternehmerischen Verantwortung der Elektronikindustrie steht im Zentrum des Projektes makeITfair. Angefangen vom Rohstoffabbau über die Produktionsbedingungen und die Nutzung der IT – insbesondere des steigenden Stromverbrauchs – bis hin zur Problematik des Elektroschrotts hat die gesamte Lieferkette von Elektronikprodukten enorme (häufig negative) Auswirkungen auf Menschen in Entwicklungsländern.

Mit Recherchen, Pressearbeit und Dialogprozessen gegenüber den Unternehmen, aber auch mit Bildungsarbeit und Kampagnen zu einzelnen Problembereichen versuchen wir den IT-Sektor zu mehr Verantwortungsübernahme zu bewegen.

Im Bereich der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit haben wir mehrere Materialien erstellt, die sich großer Nachfrage erfreuen. Im Sommer 2009 hatten wir den Postkartenwettbewerb „Wie umwelt- und sozialverträglich sind IT-Produkte?“ ausgeschrieben und diesen mit dem Druck der drei Gewinnermotive im Winter 2009/10 abgeschlossen. Beim Stand auf der CeBIT 2010 sowie verteilt als Gratis-Postkarten fanden die Motive gute Verbreitung. Ende 2009 haben wir eine DVD mit dem Dokumentarfilm „Gnadenlos billig“ veröffentlicht, der die Folgen des Handybooms für ArbeiterInnen sowie AnwohnerInnen und die Umwelt in Indien darstellt. Dieser Film ist auch Bestandteil der Unterrichtseinheit „Folgen der Globalisierung der IT-Branche am Beispiel Handy“, das wir für die Sekundarstufe I erarbeitet haben.³²

Im Berichtszeitraum lag ein Schwerpunkt auf den Mobilfunkanbietern, da sie ein wichtiger Akteur in der Lieferkette von Handys sind. Im Herbst 2009 haben wir eine vergleichende Studie der Unternehmensverantwortung von Mobilfunkanbietern in Deutschland, Finnland, den Niederlanden und Schweden veröffentlicht.³³ Zu den Ergebnissen der Studie und unseren daraufhin erhobenen Forderungen sind wir mit den deutschen Mobilfunkanbietern, insbesondere mit der Deutschen Telekom, im Gespräch. Im Juni haben wir dazu gemeinsam mit unseren europäischen makeITfair-Partnern die neue Aktion „Ich will ein faires und grünes Handy gestartet“. Bis Oktober wollen wir in Kooperation mit mehreren Jugendverbänden tausende Unterschriften sammeln und diese den Mobilfunkanbietern übergeben. Vielleicht spornt dies die Mobilfunkanbieter und darüber auch die Hersteller an, wirklich faire und grüne Geräte herzustellen.

Zugang zu Beschwerdemechanismen für Betroffene stärken → OECD-Leitsätze verbessern

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen gelten als das derzeit am weitesten reichende Instrument zur Stärkung der globalen Unternehmensverantwortung. Allerdings weist auch dieses Instrumentarium noch erhebliche Lücken auf und ist insbesondere in der bisherigen Umsetzung noch enorm verbesserungsbedürftig. Im Mai 2010 beschloss die OECD nun eine dringend erforderliche erneute Überarbeitung der Leitsätze. Nicht nur NRO und Gewerkschaften weisen seit Jahren immer wieder auf die bestehenden Mängel hin. Auch der UN-Sonderbeauftragte für Wirtschaft und Menschenrechte, John Ruggie, machte mehrfach auf den Reformbedarf der OECD-Leitsätze aufmerksam. Seines Erachtens ist der Bezug zu den Menschenrechten zu schwach und die Arbeit der für die Bearbeitung der Beschwerden zuständigen Nationalen Kontaktstellen sollte einem einheitlichen Mindest-

³² www.germanwatch.org/corp/it-unt.htm

³³ www.germanwatch.org/corp/it-handy09.htm

standard entsprechen. Verbesserungspotenzial sieht er auch bezüglich des häufig sehr eng interpretierten Investitionsbezuges („Investment Nexus“)³⁴ sowie möglicher Konsequenzen bei einem Verstoß gegen die Leitsätze. Diese und weitere Fragen stehen nun beim Überarbeitungsprozess im Mittelpunkt, der bis Mitte 2011 angelegt ist. Germanwatch wird sich zusammen mit anderen NRO, u.a. Misereor und Transparency Deutschland, sowie international mit dem von uns mit gegründeten Netzwerk OECD Watch dafür einsetzen, dass die OECD-Leitsätze endlich mit dem notwendigen Biss versehen werden.

Weiterhin haben wir im Berichtszeitraum NGOs in Deutschland und weltweit beim Vorbereiten und Einreichen von OECD-Beschwerden beraten. So haben wir beim OECD Watch Training für Organisationen aus Südostasien in Bangkok mitgewirkt und sind aktuell am Online-Training für Misereor-Partner aus Lateinamerika beteiligt. Zudem haben wir weiterhin die Arbeit der deutschen Nationalen Kontaktstelle kritisch begleitet und in den letzten Monaten die Erarbeitung von Verfahrensleitsätzen für die deutsche Kontaktstelle aus NGO-Sicht mehrfach kommentiert.

Entwicklungsfinanzierung

In all unseren Arbeitsfeldern, ob im Klimawandel, beim Thema Unternehmensverantwortung und Finanzsektor oder in der Handels- und Agrarpolitik, richten wir weiterhin unser besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen unseres Handelns im „Norden“ auf die Länder, Gesellschaften und Menschen des „Südens“. Insofern geht unser entwicklungspolitisches Engagement über den hier beschriebenen spezifischen Bereich „Entwicklungspolitik und Entwicklungsfinanzierung“ weit hinaus.

Im Bereich der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit beschäftigen wir uns seit nunmehr neun Jahren überwiegend mit einem manchmal mühsamen, aber lohnenden Spezialgebiet, der Entwicklungsfinanzierung. Neben verbindlichen Gesetzen ist die Vergabe von Geldern die zweite „harte“ Politikmöglichkeit, um gewünschte Prozesse in Gang zu setzen bzw. zu unterstützen. Mit Dr. Ludger Reuke engagiert sich seit Jahren einer der führenden deutschen Experten zu diesem Thema als „Ein-Euro-Mann“ bei Germanwatch. Unsere in der Anzahl zwar überschaubaren, dafür aber intensiv recherchierten Veröffentlichungen zur deutschen Official Development Assistance (ODA) und zu deren Teilgebiet, der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer, werden von den politischen Entscheidungsträgern in Bund und Ländern wahrgenommen und tragen dazu bei, die häufig unerträglich große Lücke zwischen Versprechungen, Zusagen und Plänen auf der einen sowie den realen finanziellen Leistungen auf der anderen Seite deutlich zu benennen und und dadurch zumindest ein wenig zu verkleinern. Diese Studien führen zu zahlreichen Einladungen von offiziellen wie NRO-Stellen.

Im Berichtszeitraum erschien zuletzt im Mai 2010: „ODA: Wie versprochen, so gebrochen. Die deutsche ‚offizielle Entwicklungsunterstützung‘ 2003 bis 2008/09“.³⁵

Wie schon 2002 hat Germanwatch beim „Memorandum“ 2009: Entwicklungspolitik in der Zeit weltweiter Krisen“ (Auflage: 7000 Exemplare) in der Memorandumgruppe inhaltlich stark mitgearbeitet und sie logistisch wesentlich unterstützt.

³⁴ Multinationale Unternehmen beziehen zahlreiche Produkte von Zulieferbetrieben in Entwicklungsländern. Formal sind diese Betriebe oft unabhängig, selbst wenn sie de facto nur einen Auftraggeber haben. Auf Lieferbeziehungen lassen sich die OECD-Leitsätze bisher jedoch nur sehr begrenzt anwenden, da viele Kontaktstellen eine Beschwerde nur annehmen, wenn ein - nicht genau definierter - "Investitionsbezug" nachzuweisen ist.

³⁵ <http://www.germanwatch.org/ez/oda10.htm>

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Auch im vergangenen Jahr hat Germanwatch eng mit anderen Organisationen und Partnern zusammen gearbeitet. Dadurch konnten viele Verstärkungseffekte für uns erzielt werden und wir konnten andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen. So wichtig unsere Vernetzungsstrategien auch sind, sie stellen auch eine besondere finanzielle und kapazitätsmäßige Herausforderung für Germanwatch dar.

Mitgliedschaften von Germanwatch

Germanwatch ist Mitglied bei: Agrarbündnis, AK Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Attac, Bananenkampagne, Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER), Climate Action Network (CAN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Die Klima-Allianz, Eine Welt Netz NRW, Eine Welt Netzwerk Bayern, Eine Welt Netzwerk Hamburg, Erlassjahr.de, European Business Council for Sustainable Energy (e5), European Climate Forum, Forum Menschenrechte, Forum Nachhaltige Geldanlagen, Forum Umwelt und Entwicklung, Global Challenges Network (GCN), Global Campaign for Climate Action (GCCA), Global Compact, GoodElectronics Netzwerk, Greenskies, Munich Climate Insurance Initiative (MCII), Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze, NRO-Netzwerk Corporate Accountability (CorA), OECD Watch, Ökowerk NRW, Our World is not for Sale / Seattle to Brussels Network (S2B), Publish what you pay, Renewables Grid Initiative (RGI), Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Zukunftsrat Hamburg.

Arbeitsgruppen / Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind

Germanwatch, Stiftung Zukunftsfähigkeit, atmosfair – Wie gehören sie zusammen?

Aus Germanwatch – gegründet 1991 – entwickelte sich die 1997 gegründete Stiftung Zukunftsfähigkeit, nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf selbst nicht in größerem Umfang Geld langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung ergänzt durch ausgewählte Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. für die Einführung einer Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Altersvorsorge oder durch Moderationstätigkeiten bei den Klimaverhandlungen mit Delegierten aus Entwicklungsländern. Inzwischen haben mehr als 30 Zustifterinnen und Zustifter den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die hierauf nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen, das nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr darstellt. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind Mitglieder im Integritäts-Beirat von atmosfair.



E Finanzbericht für das Kalenderjahr 2009

von Lutz Morgenstern (Schatzmeister)

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2009 betragen rund 2.045.000 Euro (vgl. Tab. E.1). Sie steigerten sich gegenüber dem Vorjahr um rund 41% und lagen damit wiederum auf dem bislang höchsten Niveau der Vereinsgeschichte. Einer der Gründe für das Wachstum liegt darin, dass sich das Volumen der Spenden fast verdoppelt hat (s.u.). Entscheidender Hauptgrund für das Wachstum ist jedoch, dass Germanwatch deutlich mehr Zuschüsse für Projekte einwerben konnte (insbesondere von der European Climate Foundation, der Global Campaign for Climate Action und dem Bundesumweltministerium / Umweltbundesamt). Während sich die Zusammensetzung der öffentlichen und insbesondere der privaten Zuschussgeber leicht verändert hat, ist ihre Anzahl unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität und Seriosität unserer Arbeit; zudem ist das große Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für politische Unabhängigkeit. Bei der Höhe der Einnahmen – insgesamt sowie bei der Betrachtung einzelner Projekte – ist zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen (und dementsprechend auch der Ausgaben) zur Weiterleitung an Partner für „externe Projektarbeit“ in Kooperationsprojekten bestimmt ist (vgl. Abb. E.1). Ein Beispiel hierfür ist das von der EU bezuschusste Projekt „Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt“ zum Thema Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, in dem Germanwatch EU-Gelder an die Partnerorganisationen FIAN, UK Food Group und Both ENDS weitergereicht hat, mit denen diese Organisationen ihren Teil der Projektaktivitäten durchgeführt haben. Berücksichtigt man diesen Unterschied, so betragen die Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit 2009 im ideellen Bereich rund 1.215.000 €. Für externe, also von Partnern in deren Namen durchgeführte Projektarbeit waren es rund 204.000 €.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Umfang des Zweckbetriebs praktisch gleich geblieben; der des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs hat sich deutlich erhöht. Teile der Aktivitäten zur Klimaexpedition wurden wie bereits 2008 dem Zweckbetrieb zugeordnet. Zwei Projekte im Klimabereich (eines zu Anpassung im internationalen Klimaschutzregime und ein weiteres zu UN-Klimaverhandlungen und internationaler Finanzarchitektur) waren dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zuzuordnen, weil wir uns an öffentlichen Ausschreibungen beteiligt hatten, an denen auch Consulting-Unternehmen teilnehmen konnten.

Mitgliedsbeiträge, Spenden und der Zuschuss der Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber besonders wichtigen Teil aus. Diese überwiegend nicht zweckgebundenen Mittel können flexibel eingesetzt werden, beispielsweise um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und kofinanzieren sowie um Kosten zu decken, die für die Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von öffentlichen und privaten Gebern nicht (oder praktisch nie) bezuschusst werden, beispielsweise die Zahlungen für Büromieten.

Die Mitgliedsbeiträge betragen 2009 insgesamt - wie im Vorjahr - rund 61.000 Euro. Die Spendeneinnahmen hingegen stiegen um über 80% auf rund 115.000 Euro, was vermutlich mehrere Ursachen hat: Unsere verstärkten Anstrengungen zum Einwerben von Spenden, das erhöhte öffentliche Interesse an dem Thema Klimaschutz wegen des Kopenhagener Klimagipfels sowie unsere (teilweise auch durch den Klimagipfel bedingte) größere Sichtbarkeit in den Medien.. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit, deren vorrangiger Stiftungszweck neben einer begrenzten Anzahl eigener Aktivitäten die Förderung von Germanwatch ist, hat uns abermals gefördert. Ihre Zuwendung in Höhe von 20.000 € war überwiegend zur Programmfinanzierung vorgesehen und damit nicht zweckgebunden. Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Zustifterinnen und Zustiftern der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern gilt unser ausdrücklicher Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleisteten Arbeiten sowie die vielen unbezahlten Überstunden hauptamtlicher Kräfte, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nicht enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2009

Ideeller Bereich

A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit

	<u>2008</u>	<u>2009</u>
	€	€
1. Mitgliedsbeiträge	61.056,38	61.477,09
2. Spenden	63.925,38	115.256,50
3. Förderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	20.000,00	20.000,00
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projekte	844.741,16	1.214.780,69
5. Zuschüsse für externe Projekte	207.921,45	203.759,63
6. Sonstige Einnahmen	12.319,31	88.202,89
	<u>1.209.963,68</u>	<u>1.703.476,80</u>

B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit

7. Löhne und Gehälter	414.909,03	587.514,61
8. Soziale Abgaben	98.413,26	123.914,09
9. Fremdhonorare	126.571,29	231.618,65
10. Miete/Mietnebenkosten	24.613,95	33.529,89
11. Abgaben/ Versicherungen	1.240,05	714,71
12. Beiträge	5.475,00	6.011,00
13. Werbe- und Reisekosten	54.775,12	94.193,15
14. Instandhaltungen und Kleingeräte	12.214,64	20.968,29
15. Abschreibungen	10.210,14	9.444,92
16. Wertberichtigung Forderung	0,00	600,00
17. Porto	22.877,92	68.611,49
18. Telefon	7.975,90	13.097,99
19. Kopier- und Faxkosten	9.517,54	14.551,68
20. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	112.775,90	222.262,66
21. externe Projektarbeit	207.921,45	203.759,63
22. Bürobedarf	4.997,76	7.804,23
23. Bücher und Zeitschriften	2.433,53	2.200,63
24. Weitergeleitete Gelder	0,00	0,00
25. Jahresabschluss-Buchhaltungskosten	9.552,46	13.717,38
26. Sonstiges	2.113,16	2.230,04
	<u>1.128.588,10</u>	<u>1.656.745,04</u>

C. Laufendes Ergebnis

81.375,58 46.731,76

D. Ausgabenüberschuss Finanzierungsbereich

27. Finanzergebnis	574,76	-1.408,70
	<u>81.950,34</u>	<u>45.323,06</u>

E. Einnahmenüberschuss Finanzierungsbereich

28. Zinseinnahmen	0,00	7.675,48
-------------------	------	----------

F. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss

81.950,34 52.998,54

Gesamtergebnis 2009

	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>	<u>Einnahmenüberschuss</u>
ideeller Bereich	1.703.476,80	1.656.745,04	46.731,76
Vermögensverwaltung	7.675,48	1.408,70	6.266,78
Zweckbetrieb	182.679,85	179.696,34	2.983,51
wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	150.953,66	102.591,96	48.361,70
Summe	2.044.785,79	1.940.442,04	104.343,75

Tab. E.2: Zuschüsse im Jahr 2009

Verbandszuschuss	<u>2008</u> €	<u>2009</u> €
European Climate Foundation	0,00	260.536,50
Global Campaign for Climate Action (nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2009: EUR 27.399,05)	0,00	103.423,86
Brot für die Welt	16.597,08	35.000,00
Stiftung Zukunftsfähigkeit	20.000,00	20.000,00
ecofys	0,00	18.300,00
Evangelischer Entwicklungsdienst (eed), Bonn	65.930,83	13.377,08
WWF-UK	15.500,00	10.390,00
oekom Research AG	7.500,00	7.500,00
Humboldt-Stiftung	4.000,00	6.400,00
Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn	4.000,00	4.000,00
Heinrich-Böll-Stiftung	5.500,00	2.000,00
Development Fund	0,00	2.000,00
Campagne International	0,00	2.000,00
Oxfam Deutschland	0,00	2.000,00
Stiftung Umverteilen	0,00	500,00
Misereor	35.560,00	0,00
Münchener Rück Stiftung	25.000,00	0,00
Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung	10.000,00	0,00
Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt	6.000,00	0,00
SOMO	3.318,44	0,00
Forum Anders Reisen	3.017,00	0,00
Verbraucher-Initiative	1.476,60	0,00
Aktion Mensch	1.250,00	0,00
	<u>224.649,95</u>	<u>487.427,44</u>
Davon vorausgezahlte Zuschüsse für Projekte im Jahr 2010:	0,00	-173.271,00
	<u>224.649,95</u>	<u>314.156,44</u>
Zuschuss von Behörden	<u>2008</u> €	<u>2009</u> €
Europäische Kommission	281.056,48	281.056,58
(nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2009: EUR 145.230,67)		
Bundesmin. f. wirtsch. Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn (nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2009: EUR 26.700,11)	177.267,00	230.319,00
Umweltbundesamt (UBA), Berlin	138.351,00	209.030,00
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	90.035,00	164.324,27
BMU (über Verbraucherzentrale Bundesverband)	21.435,00	82.690,00
Europäische Kommission (über SOMO)	50.337,88	64.716,55
(nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2009: EUR 4.429,80)		
Europäische Kommission (über RAC-France)	0,00	63.644,30
InWEnt NRW	39.150,00	33.714,73
BMU (über Forum Umwelt und Entwicklung)	6.840,90	24.264,15
Europäische Kommission (über Practical Action)	29.930,56	23.647,41
Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz	5.273,01	9.960,47
BMZ (über Forum Umwelt und Entwicklung)	2.050,00	6.000,00
Europäische Kommission (über CAN Europe)	6.514,67	5.337,70
Europäische Kommission (über VENRO)	1.459,15	2.000,00
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	41.149,55	182,39
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (über KLJB)	3.821,00	-53,67
GTZ	715,73	0,00
	<u>895.386,93</u>	<u>1.200.833,88</u>
Davon vorausgezahlte Zuschüsse für Projekte im Folgejahr:	-47.374,24	-76.450,00
	<u>848.012,69</u>	<u>1.124.383,88</u>

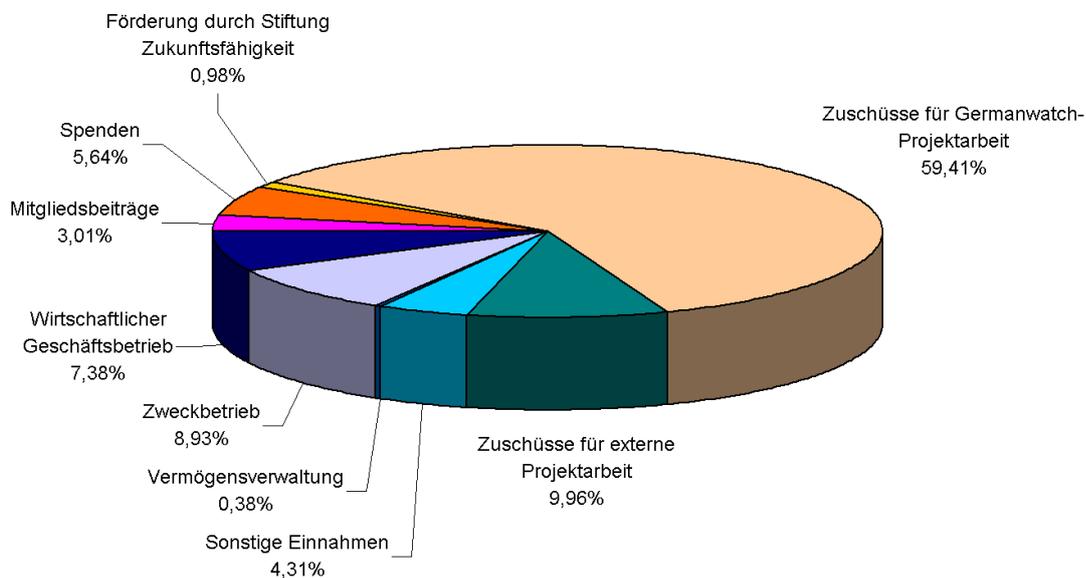


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2009

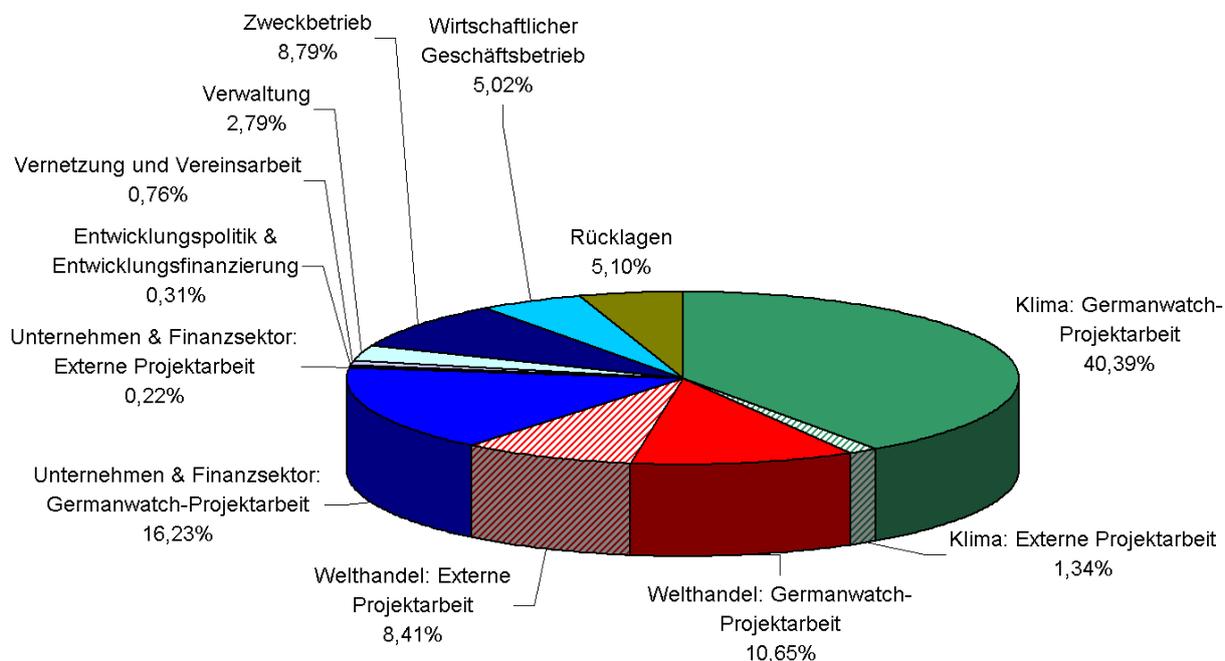


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2009

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Ausgaben nach Tätigkeitsbereichen, wobei auch hier – wie bei den Einnahmen – die externe Projektarbeit separat ausgewiesen ist. Der mit Abstand größte Bereich der Germanwatch-Projektarbeit entfällt auf den Arbeitsschwerpunkt Klima (41,7% der Ausgaben), gefolgt von den Arbeitsschwerpunkten Welthandel (19,1%) und Unternehmen & Finanzsektor (16,5%). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass wir auf ein möglichst gutes strategisches Zusammenspiel der Arbeitsbereiche achten, was dazu führt, dass beispielsweise im Bereich „Unternehmen & Finanzsektor“ der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel eine wichtige Rolle spielen, insbesondere im Projekt „Mainstreaming von Klimarisiken und -chancen im Finanzsektor“. Ein weiteres Beispiel ist das Thema „Ernährungssicherung“, das wir in den Arbeitsschwerpunkten Welthandel und Klima intensiv – und oft gemeinsam – bearbeiten.

Das Thema „Entwicklungspolitik“ spielt in allen Arbeitsschwerpunkten eine integrale Rolle, ist aber auch ein eigenständiger Arbeitsbereich mit dem Fokus auf Entwicklungsfinanzierung (siehe S. 22), allerdings mit geringen finanziellen Aufwendungen. Dies ist darin begründet, dass uns der federführende Mitarbeiter Ludger Reuke dankenswerterweise weitgehend ehrenamtlich zur Verfügung stand.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass die Kosten in praktisch allen Bereichen gestiegen sind, was auf den deutlich gestiegenen Umfang der Projektarbeit zurückzuführen ist. Den größten Teil stellen die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengenommen rund 747.000 € dar. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich fast ausschließlich auf Informations-, Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit konzentriert. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden und nur in geringerem Umfang mit Honorarkräften, die uns dann überwiegend im Bereich Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout unterstützen. Dass wir unsere Arbeit auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen konzentrieren, führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die beispielsweise Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland fördern, und deren Budget folglich einen deutlich geringeren Anteil an eigenen Personalkosten aufweist.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2009 weist einen Überschuss von 104.344 € auf und liegt damit erneut im positiven Bereich. Auf der Grundlage der Entwicklung seit Anfang 2010 gehen wir davon aus, dass auch im laufenden Jahr mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis realisiert werden kann. Dies ist ein Ausdruck davon, dass Germanwatch große Anstrengungen unternimmt, sich für finanzielle Herausforderungen zu wappnen, die u.a. angesichts der Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu befürchten sind.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs.3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Einnahmen-Ausgaben-Rechnung). Das Jahresergebnis für 2009 wurde aufgrund der Festlegung der Mitgliederversammlung vom 26.9.2009 vom Vereidigten Buchprüfer und Steuerberater Herrn Rolf Reinhardt aus Bonn auf der Grundlage der von diesem durchgeführten Buchprüfung ermittelt.

Germanwatch wurde zuletzt durch einen Bescheid vom 16.12.2009 als gemeinnützig im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung anerkannt.

Tab. E.3: Vermögensrechnung 31.12.2009

<u>AKTIVA</u>	<u>2008</u> €	<u>2009</u> €
A. <u>Sachanlagevermögen</u>		
1. Software	8.393,50	5.078,50
2. Büroeinrichtung	201,50	169,50
3. Computeranlagen	8.399,00	13.154,00
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.205,00	1.832,00
5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	120,50	47,50
6. GWG Sammelposten	3.103,00	3.685,00
	<u>22.422,50</u>	<u>23.966,50</u>
B. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Wertpapiere	-	-
	<u>-</u>	<u>-</u>
C. <u>Umlaufvermögen</u>		
1. Flüssige Mittel	292.085,41	580.200,85
2. Sonstige Vermögensgegenstände	3.157,94	3.467,67
3. Forderungen aus Vereinsbereichen	-	-
4. Sonstige Forderungen	45.048,92	71.252,18
	<u>340.292,27</u>	<u>654.920,70</u>
D. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	-	-
<u>Summe Besitzposten</u>	362.714,77	678.887,20
<u>PASSIVA</u>	<u>2008</u> €	<u>2009</u> €
E. <u>Vereinsvermögen</u>		
a) Rücklagen gem § 58 Nr. 7a AO	4.051,56	108.395,31
b) Rücklagen gem § 58 Nr. 6 AO	248.557,86	248.557,86
	<u>252.609,42</u>	<u>356.953,17</u>
F. <u>Rückstellungen</u>		
Steuerrückstellungen	3.715,00	18.283,89
sonstige Rückstellungen	-	4.000,00
	<u>3.715,00</u>	<u>22.283,89</u>
G. <u>Verbindlichkeiten</u>		
1. Girokontoverbindlichkeiten	1,00	-
2. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26	6.712,26
3. Durchlaufende Posten	-	-
4. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	27.281,02	26.004,21
5. Sonstige Verbindlichkeiten	25.021,80	17.212,67
6. Währungsdifferenzen	-	-
H. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	47.374,27	249.721,00
<u>Summe Schuldposten</u>	362.714,77	678.887,20
<u>Vermögen des Vereins</u>		
Abstimmung 2009:		
Vermögen des Vereins 2008	252.609,42	
Jahresüberschuss 2009	104.343,75	
<u>Vermögen des Vereins</u>	<u>356.953,17</u>	

F Ausblick

Das kommende Jahr 2011 wird unser Jubiläumsjahr sein, in dem wir durch gute Arbeit zeigen wollen, dass wir uns gut entwickelt haben - und dies auch feiern wollen.

Wir wollen und müssen Markierungen vor allem in folgenden Bereichen setzen, teilweise schon in den kommenden Monaten:

- Als Germanwatch müssen wir weiterhin die Bundesregierung und die deutschen Unternehmen in ausgewählten Feldern bezüglich ihrer globalen Verantwortung intensiv unter die Lupe nehmen. Das Energiekonzept der Bundesregierung, das gerade unter erheblichen Geburtsproblemen das Licht der Welt erblickt und verstärkt in den politischen Streit gerät, wird uns in seinen weiteren Konkretionen in den nächsten Monaten erheblich beschäftigen. Mit unserer Kampagne 100 Prozent Zukunft werden wir uns hier sehr intensiv einmischen. Die Entwicklung einer weitgehend emissionsfreien Gesellschaft in einem Industrieland wie Deutschland, aber auch die Auseinandersetzung mit den ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden auf unserer Agenda sein. Die Frage einer zukunftsfähigen und emissionsfreundlicheren Landwirtschaft auf EU-Ebene wird mit dazu gehören. Für die EU wird in den nächsten 18 Monaten die Frage zentral sein, ob bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 30 statt 20 Prozent reduziert werden.
- Der Millenniums-Entwicklungs-Gipfel im September 2010 wird eine sehr gemischte Bilanz in Bezug auf das Erreichen der großen Armutsbekämpfungsziele ziehen. Während es in einigen Regionen durchaus Fortschritte gibt, gab es in den beiden letzten Jahren - ausgelöst durch die Ernährungs- sowie die Finanz- Wirtschaftskrise - im globalen Durchschnitt deutliche Rückschritte. Auch durch die Finanzkrise sind aber viele Industrieländer noch weniger als vor zwei, drei Jahren bereit, die notwendigen Investitionen in die globale Zukunft zu tätigen. Auch die noch in Kopenhagen versprochenen Milliarden für den internationalen Klimaschutz stehen längst auf dem Prüfstand. Wenn es nicht gelingt neue, innovative Finanzierungsinstrumente - etwa Abgaben auf den internationalen Flug- und Schiffsverkehr und eine Finanztransaktionssteuer - durchzusetzen, ist es nicht zu erwarten, dass die Finanzversprechen für Armutsbekämpfung und Klimaschutz eingehalten werden.
- Das Thema Ernährungs- und Wassersicherheit wird immer drängender. Auf der einen Seite hinterlassen immer häufigere und heftigere Wetterkatastrophen ihre Spuren. Der Trend zum Agrosprit droht einen guten Teil der Produktivitätsfortschritte aufzufressen. Spekulanten nutzen - auch kurzfristige - Probleme aus und treiben die Preise für Getreide weltweit immer wieder nach oben. Die Zahl der Hungernden steigt weltweit statt zu sinken. Im Klimabereich drängen wir auf entsprechend Klimaschutz- und Anpassungsaktivitäten. Wir thematisieren die Notwendigkeit, die Nahrungsmittelspekulation an den Börsen zu regulieren. Zudem warnen wir davor, den Trend zu Agrosprit unbedacht voranzutreiben oder - bei hohen Ölpreisen - dem Markt alleine zu überlassen. Sonst steht die Kaufkraft der Daimlerfahrer in den Industrie- und Schwellenländern mit der der Landlosen oder Kleinbauern - vor allem in Entwicklungsländern - im Wettbewerb.
- Der Cancun-Klimagipfel in diesem Dezember wird hoffentlich eine Zwischenstation auf dem Weg zu einem rechtlich verbindlichen Abkommen auf dem Klimagipfel Ende 2011 in Südafrika darstellen. Verabschiedete Ermöglichungspakete in den Teilthemenbereichen (Anpassung, Technologiekooperation, Finanzierung, Waldschutz) und ein ausreichendes Verhandlungsmandat werden hoffentlich den notwendigen Schwung für den weiteren Prozess in 2011 erbringen. Nachdem klar ist, dass die US-Regierung zumindest vor 2013 kein umfassendes Klimaschutzgesetz verabschieden wird, stehen vor allem die EU sowie die großen Schwellenländer, allen voran China, vor der Frage: Will man sich von der zunehmend reformunfähigen Supermacht USA abbremsen lassen, oder aber die Große Transformation ins Zeitalter der Energieeffizienz und der Erneuerbaren Energien gemeinsam mutig vorantreiben. Vor allem in Südafrika und Brasilien werden solche Denkansätze geprüft.

- Immer stärker zeigen sich auch die problematischen Folgen zunehmender Rohstoffverknappung. Alleine im Handy sind mehr als zehn seltene Metalle. Eine ganze Reihe an sozialen und ökologischen Problemen entstehen bei Abbau und Verarbeitung zum Beispiel in Afrika. Wir drängen die relevanten Unternehmen zur Verantwortungsübernahme und die Politik zu wirkungsvolleren Regeln.
- Die heutige und zukünftige Rolle und die Interventionsfähigkeit der NGO angesichts der umfassenden Krisenerscheinungen, in einer sich stärker polarisierenden Gesellschaft und bei immer besser organisierten Gegenaktivitäten von Teilen der Industrielobby, müssen wir im zivilgesellschaftlichen Kontext sehr intensiv (auch in unseren Netzwerken) erörtern. Wo wir Defizite entdecken, müssen wir Schlussfolgerungen ziehen - und auch zu mutigen Neuerungen bereit sein. Germanwatch wird diese Debatten in seiner weiteren Organisationsentwicklung berücksichtigen.

2011 wird auch schon vieles an Vorbereitungen für den großen Rio-plus-20-Gipfel laufen. Basierend auf Bilanzen, wo wir heute in der Nachhaltigkeitsdebatte stehen, geht es darum, ein Paket von internationalen Rahmensetzungen für Nachhaltigkeit und grünes Wachstum sowie entsprechende Institutionen für die Umsetzung voranzubringen.

Und wir alle sollten uns selbstkritisch die Frage stellen, ob wir für die Zukunftsherausforderungen gut genug aufgestellt sind - und was wir tun können, um hier besser zu werden.

G Publikationen, Pressemitteilungen und Veranstaltungen

Falls Sie Germanwatch-Publikationen bestellen oder herunterladen, unsere aktuellen und bisherigen Pressemitteilungen lesen oder sich über zukünftige und durchgeführte Veranstaltungen informieren möchten, so finden Sie diese unter:

- Publikationen und kostenlose Abos: www.germanwatch.org/pub
- Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/presse
- Veranstaltungen: www.germanwatch.org/termine
- Weitere Informationen: www.germanwatch.org

Unser Leitbild

Hinsehen, analysieren, einmischen

- für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen

Wir engagieren uns für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir engagieren uns für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

Wir sind eine unabhängige Entwicklungs- und Umweltorganisation, die sich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung einsetzt. Zukunftsfähig heißt für uns sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für faire Handelsbeziehungen, für einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt, für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels stark machen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen.

Wir beobachten in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene die für unsere Ziele relevanten Akteure aus Politik und Wirtschaft. Auf der Grundlage wissenschaftsbasierter Analysen informieren wir die Öffentlichkeit, leisten Bildungs- und Lobbyarbeit und zeigen den Verbraucherinnen und Verbrauchern Wege auf, wie sie unseren Zielen entsprechend handeln können. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, arbeiten wir auch mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen zusammen. Für unser Verhältnis zu Unternehmen gilt die Maxime: Kooperation wo möglich, Konfrontation wo nötig – je nachdem, wie Nachhaltigkeitskriterien am wirkungsvollsten durchgesetzt werden können.

Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden ist der Ausgangspunkt unserer Arbeit.

Politik und Weltmarktstrukturen sowie der inzwischen immer häufiger kopierte ressourcenintensive Wirtschaftsstil des Nordens beeinflussen das Leben der Menschen weltweit. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die gerade auch den Menschen im Süden eine Zukunft geben, die durch die ungezügelter Globalisierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder durch den Verlust ihrer ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen in ihrer Existenz bedroht werden.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern sowie mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir sind ein hoch motiviertes Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen mit langjähriger Erfahrung und Expertise im Entwicklungs- und Umweltbereich. Mit Kreativität und strategischem Weitblick wollen wir unseren Zielen kontinuierlich näher kommen.

Damit wir unsere Unabhängigkeit sichern können, sind wir auf die Spenden und Beiträge unserer Mitglieder und Förderer sowie auf Zustiftungen zu unserer Stiftung Zukunftsfähigkeit angewiesen. Wir freuen uns über jede finanzielle und ideelle Unterstützung von Menschen, die unsere Überzeugungen teilen.